



Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 6/2019 – 2020

Inhalt	Seite
6. Beitritt zur Teilrevision vom 23. November 2018 der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen.....	233
7. Beiträge an Sanierungen von Bushaltestellen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz	337
8. Teilrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden.....	349

Inhaltsverzeichnis

6.	Beitritt zur Teilrevision vom 23. November 2018 der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen	
I.	Ausgangslage und Anlass für die Teilrevision	233
1.	Anwendung der IVSE im Bereich Kinder und Jugendliche (Bereich A) in Graubünden	233
2.	Anstoss für die Teilrevision	234
2.1	Bestimmung des Wohnsitzes eines Kindes im IVSE Bereich A	234
2.2	Anpassung der Altersobergrenze im IVSE Bereich A bei Massnahmen des Jugendstrafrechtes	235
3.	Bedeutung für den Kanton Graubünden	236
II.	Ratifikation und Beitritt	237
III.	Innerkantonale Zuständigkeiten	238
IV.	Erläuterungen zu den einzelnen geänderten Bestimmungen	238
V.	Finanzielle und personelle Auswirkungen	240
1.	Finanzielle Auswirkungen	240
2.	Personelle Auswirkungen	241
VI.	Regulierungsfolgenabschätzung (RFA)	242
VII.	Gute Gesetzgebung	242
VIII.	Inkrafttreten	242
IX.	Anträge	242

7.	Beiträge an Sanierungen von Bushaltestellen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz	
I.	Ausgangslage	337
II.	Anpassung von Bushaltestellen	339
	1. Definition hindernisfreie Bushaltestelle	339
	2. Zuständigkeit	340
	3. Arten von Bushaltestellen	340
	4. Verhältnismässigkeitsprüfung	340
III.	Kantonsbeiträge	342
	1. Strassengesetz	342
	2. Gesetz über den öffentlichen Verkehr	343
IV.	Kostenberechnung und Finanzierung	344
	1. Investitionskosten	344
	2. Finanzierung	344
V.	Finanzkompetenzen und Kreditbereitstellung	345
	1. Zuständigkeit	345
	2. Berücksichtigung der Teuerung	346
	3. Kreditbereitstellung	346
VI.	Schlussfolgerungen	347
VII.	Anträge	348

8.	Teilrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden	
I.	Ausgangslage	349
II.	Gründe für eine Teilrevision des Gebäudeversicherungs- gesetzes	351
III.	Vernehmlassungsverfahren	352
IV.	Erläuterungen zu der Bestimmung	352
V.	Auswirkungen	353
	1. Finanzielle Auswirkungen	353
	2. Personelle Auswirkungen	354
	3. Auswirkungen auf die Gemeindeaufgaben	354
VI.	Gute Gesetzgebung	354
VII.	Inkrafttreten der Teilrevision	354
VIII.	Anträge	355

Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

6.

Beitritt zur Teilrevision vom 23. November 2018 der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen

Chur, den 13. August 2019

Sehr geehrte Frau Landespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend die Botschaft über den Beitritt zur Teilrevision vom 23. November 2018 der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen.

I. Ausgangslage und Anlass für die Teilrevision

1. Anwendung der IVSE im Bereich Kinder und Jugendliche (Bereich A) in Graubünden

Die Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE; BR 546.710) ist ein zentrales Instrument der interkantonalen Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Einrichtungen. Alle Kantone und das Fürstentum Liechtenstein sind Mitglieder der IVSE.

Die IVSE vom 13. Dezember 2002 regelt, wer für die Kosten aufzukommen hat, wenn Kinder, Jugendliche und Erwachsene in einer IVSE-anerkannten sozialen Einrichtung ausserhalb ihres Wohnkantons leben. Der Kanton Graubünden ist der IVSE in den Bereichen A, B, C, D am 1. April 2009 beigetreten (Beitritt des Kantons Graubünden zur IVSE; BR 546.700).

Der Bereich A der IVSE betrifft stationäre Einrichtungen für Personen bis zum vollendeten 20. Altersjahr, unter bestimmten Voraussetzungen darüber hinaus bis zum Abschluss der Erstausbildung. Auch ein jugendstrafrechtlich angeordneter Aufenthalt bis zum 22. Altersjahr fällt darunter. Gemäss Art. 19 IVSE garantiert der Wohnkanton gegenüber dem Standortkanton die Übernahme des Subventionsteils (Versorgertaxen und Defizitüberschuss).

Der Wohnkanton wird nach der IVSE anhand des zivilrechtlichen Wohnsitzes bestimmt (Art. 4 lit. d IVSE). Dieser richtet sich für das Kind nach Art. 25 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210). Demnach gilt als Wohnsitz des Kindes unter elterlicher Sorge der Wohnsitz der Eltern oder, wenn die Eltern keinen gemeinsamen Wohnsitz haben, der Wohnsitz des Elternteils, unter dessen Obhut das Kind steht; in den übrigen Fällen gilt sein Aufenthaltsort als Wohnsitz.

Seit dem Jahr 2014 erteilte der Kanton Graubünden bzw. die jeweils zuständige Gemeinde 80 Kostenübernahmegarantien für Kinder und Jugendliche in ausserkantonalen Kinder- und Jugendheimen im Bereich IVSE A.

2. Anstoss für die Teilrevision

2.1 Bestimmung des Wohnsitzes eines Kindes im IVSE Bereich A

Über die Festlegung des zivilrechtlichen Wohnsitzes eines Kindes, welches in einer sozialen Einrichtung (Bereich A) betreut wird, kam es in den letzten Jahren vermehrt zu Rechtsstreitigkeiten. Die Neuregelung des Sorgerechts, welche per 1. Juli 2014 in Kraft trat, statuiert die gemeinsame elterliche Sorge als Regelfall. Die gemeinsame Sorge gilt nun in der Regel auch in Fällen, in denen Eltern unterschiedliche Wohnsitze haben. Der zivilrechtliche Wohnsitz des betreuten Kindes befindet sich daher immer öfters am Ort der Einrichtung (Art. 25 Abs. 1 Teilsatz 2 ZGB), was gemäss den Regelungen der IVSE zu einer Finanzierungszuständigkeit des Standortkantons führt. Diese Zuständigkeit widerspricht aber grundlegend dem Sinn und Zweck der IVSE.

Anders als bei Inkrafttreten der IVSE im Jahr 2006 angenommen handelt es sich nicht mehr nur um Einzelfälle, die zu systemwidrigen Ergebnissen führen können. Verschiedene Kantone wehrten sich deshalb gegen diese Kostentragungspflicht und entwickelten anderslautende Regeln. Die Konsequenz hiervon waren lange Auseinandersetzungen zwischen den Kantonen um ausstehende Kosten bei den Einrichtungen.

Das Bundesgericht beurteilte am 21. November 2017 (BGE 143 V 451) eine Streitigkeit über die Zuständigkeit zur Finanzierung der Unterbringung

eines Kindes in einer Einrichtung des Bereichs A der IVSE. Die Gemeinde G. des Kantons Schwyz stellte sich auf den Standpunkt, der zivilrechtliche Wohnsitz des Kindes befinde sich seit der angeordneten Unterbringung durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB in der Standortgemeinde der Einrichtung. Die IVSE Bereich A sei somit nicht anwendbar und weder der Kanton Schwyz noch die Gemeinde G. sei für die IVSE-Leistungsabteilung zuständig.

Das Bundesgericht hielt fest, dass die Bestimmungen des Wohnsitzes nach Art. 4 lit. d IVSE in Verbindung mit dem ZGB zu einer Verhinderung oder zumindest übermässigen Erschwerung von Bundesrecht, d.h. der angeordneten Unterbringung nach Art. 310 Abs. 1 ZGB, führen würden. Art. 48 Abs. 3 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV; SR 101) sehe vor, dass Verträge zwischen Kantonen dem Recht und den Interessen des Bundes sowie den Rechten anderer Kantone nicht zuwiderlaufen dürften. Art. 49 Abs. 1 BV besage, dass Bundesrecht entgegenstehendem kantonalem Recht vorgehe. Die geltende IVSE-Regelung sei daher nicht bundesrechtskonform. In diesen speziellen Fällen bestimme sich die Zuständigkeit nicht nach Massgabe der IVSE, sondern nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG; SR 851.1).

Die Rechtslage für die Regelung der Zuständigkeit zum Leisten einer Kostenübernahmegarantie im Bereich A der IVSE musste daher neu beurteilt werden. Mit der Anpassung der IVSE wird die Standortbenachteiligung im Bereich A der IVSE trotz der Wohnsitzbegründung einer minderjährigen Person am Ort einer Einrichtung gemäss Art. 25 Abs. 1 Teilsatz 2 ZGB verhindert. Diese Zielsetzung stimmt zudem mit dem Entscheid des Bundesgerichts überein.

2.2 Anpassung der Altersobergrenze im IVSE Bereich A bei Massnahmen des Jugendstrafrechtes

Die IVSE Bereich A sieht bei Massnahmen gemäss dem Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (JStG; SR 311.1) die Altersobergrenze des 22. Altersjahres vor.

Art. 19 Abs. 2 JStG wurde auf den 1. Juli 2016 revidiert. Neu enden alle Massnahmen nach dem Jugendstrafgesetz mit Vollendung des 25. Altersjahres. Die Altersobergrenze wurde von 22 auf 25 erhöht, damit es den Jugendlichen möglich ist, während einer Massnahme eine Berufslehre abzuschliessen.

Mit der Teilrevision der IVSE wird die Altersobergrenze im IVSE Bereich A an das Bundesrecht angepasst.

3. Bedeutung für den Kanton Graubünden

Das Bundesrecht verpflichtet die KESB, bei Kindeswohlgefährdungen zeitnah tätig zu werden. Im Kanton Graubünden fehlen spezialisierte Einrichtungen für bestimmte Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen. Aufgrund der relativ geringen Fallzahlen kann ein genügendes Angebot nicht kostengünstig bereitgestellt werden. Der Kanton Graubünden ist deshalb auf ausserkantonale Einrichtungen angewiesen. Mit der IVSE besteht ein Regelwerk, welches sicherstellt, dass die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen mit Wohnsitz im Kanton Graubünden in ausserkantonalen Einrichtungen ohne lange Verhandlungen und Diskussionen rasch möglich ist. Ein geregeltes Aufnahmeverfahren und der Zugang zu notwendigen Angeboten trägt ebenfalls zu einer Kostenminimierung bei. Es ist deshalb unerlässlich, die Voraussetzungen zu schaffen, welche es erlauben, Kinder und Jugendliche in ausserkantonalen Einrichtungen entsprechend ihren Bedürfnissen unterzubringen.

Die IVSE bezweckt, die Aufnahme von Personen mit besonderen Betreuung- und Förderungsbedürfnissen in geeigneten Einrichtungen ausserhalb ihres Wohnkantons ohne Erschwernisse zu ermöglichen (Art. 1 IVSE). Die IVSE im Bereich A regelt die Zusammenarbeit der Kantone und garantiert gleichzeitig eine zeitnahe und unkomplizierte Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in ausserkantonalen Einrichtungen. Zur Sicherstellung, dass Kinder und Jugendliche des Kantons Graubündens auch zukünftig ohne grosse Komplikationen in eine ausserkantonale Einrichtung eintreten können, ist der Beitritt zur Teilrevision der IVSE von grosser Bedeutung.

Übernimmt der Kanton Graubünden die Änderungen nicht, so bleibt aufgrund des früheren Beitrittsbeschlusses die IVSE in der Fassung vom 13. Dezember 2002 (Stand 1. Januar 2008) in Kraft. Das Bundesgericht hat allerdings die heutige Regelung der IVSE in gewissen Fällen als bundesrechtswidrig beurteilt. Mit der Beitrittserklärung zur Teilrevision der IVSE Bereich A wird sichergestellt, dass zukünftig ausserkantonale Unterbringungen nicht durch zeitaufwendige Verfahren und Verhandlungen gefährdet bzw. verhindert werden. Dadurch wird auch eine Verletzung von Bundesrecht im Sinne von Art. 49 Abs. 2 BV unterbunden.

II. Ratifikation und Beitritt

Die Vereinbarungskonferenz der IVSE hat am 23. November 2018 der Teilrevision der IVSE zugestimmt. Die Kantone haben die Teilrevision zu ratifizieren. Entsprechend hat die Vereinbarungskonferenz der IVSE am 6. Dezember 2018 bei den Kantonen das Beitrittsverfahren eröffnet.

Nach Art. 45 Abs. 2 der Kantonsverfassung (KV; BR 110.100) ist die Regierung für das Aushandeln von interkantonalen und internationalen Verträgen und, soweit sie in ihre Verordnungskompetenz fallen, auch für deren Abschluss zuständig. Nach Art. 32 Abs. 2 KV genehmigt der Grosse Rat die interkantonalen und internationalen Verträge, soweit nicht die Regierung zum alleinigen Abschluss befugt ist. Der Grosse Rat hat nach Art. 31 Abs. 1 KV alle wichtigen Bestimmungen in der Form eines Gesetzes zu erlassen. Die IVSE ist ein Konkordat, das für den Kanton wesentliche finanzielle Bereiche tangiert und indirekt rechtsetzenden Charakter hat. In der Folge ist der Grosse Rat zuständig für die Ratifizierung bzw. für den Beitritt zur IVSE. Dies gilt natürlich auch für deren Änderung. Der Grossratsbeschluss unterliegt dem fakultativen Referendum (Art. 17 Abs. 1 KV).

Für einen Kanton, der im Zeitpunkt des Inkrafttretens die Teilrevision der IVSE noch nicht ratifiziert hat, gilt die IVSE in der bisherigen Fassung weiterhin. Im Verhältnis zu einem Kanton, welcher der Teilrevision ebenfalls nicht beigetreten ist, gilt die Regelung der alten IVSE. Im Verhältnis zu einem Kanton, welcher neu der Teilrevision beigetreten ist, gilt ebenfalls die Regelung der alten IVSE, da einzig dieser Fassung beide Vereinbarungsparteien angehören.

Eine bestehende Kostenübernahmegarantie kann der beigetretene Kanton gegenüber dem nicht beigetretenen Kanton ungeachtet der Kündigungsfristen auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens hin kündigen. Es ist auch möglich, dass dann ein Vereinbarungskanton, welcher der Teilrevision bereits beigetreten ist, die Unterbringung einer Person in einer Sonderschule, einem Kinder- oder Jugendheim aus einem nicht beigetretenen Kanton ablehnen könnte. Möglich ist auch, dass in einem solchen Fall ein Kanton nur unter der Bedingung einer ausserkantonalen Unterbringung im Bereich A zustimmt, sofern bei einer Streitigkeit die neue Zuständigkeitsregelung der IVSE anwendbar ist.

Der Stand der Ratifizierungsverfahren in den Kantonen kann auf der Homepage der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren abgerufen werden (www.sodk.ch → IVSE → Teilrevision IVSE 2018).

III. Innerkantonale Zuständigkeiten

Innerkantonale richtet sich die Zuständigkeit für die Kostentragung von Kinderschutzmassnahmen (wie z.B. die Unterbringung von Kindern in einer IVSE-Einrichtung), die seitens der KESB angeordnet werden, nach Art. 63a des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZZGB; BR 210.100). Danach sind die Kosten von der betroffenen Person oder den Inhaberinnen bzw. Inhabern der elterlichen Sorge zu tragen. Subsidiär sind die Kosten vom Gemeinwesen zu tragen, welches für die öffentlich-rechtliche Unterstützung gemäss Art. 5 ff. des Gesetzes über die Unterstützung Bedürftiger (UstG; BR 546.250) zuständig ist. Wenn kein Unterstützungswohnsitz gemäss UstG im Kanton Graubünden vorliegt und der Kanton Graubünden gestützt auf die IVSE Bereich A als Wohnkanton gilt und damit leistungspflichtig ist, werden die Unterbringungskosten gemäss Beschluss der Regierung vom 1. Dezember 2015, Protokoll Nr. 995, vom Kanton übernommen.

IV. Erläuterungen zu den einzelnen geänderten Bestimmungen

Art. 2 Abs. 1 A

Per 1. Juli 2016 wurde die Altersgrenze gemäss Art. 19 Abs. 2 JStG auf das vollendete 25. Altersjahr erhöht. Die IVSE wurde daran angepasst. Damit enthält die IVSE wieder die gleiche Altersgrenze wie das Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht.

Art. 5 Abs. 1^{bis}

Mit der Regelung wird beabsichtigt, lediglich in jenen Fällen eine vom Wohnsitz abweichende Sonderanknüpfung festzulegen, in denen die betroffene Person ihren zivilrechtlichen Wohnsitz mit dem Eintritt oder während des Aufenthaltes am Standort der Einrichtung begründen würde.

Der Ausnahmetatbestand kommt somit einerseits zur Anwendung, wenn ein «übriger Fall» nach Art. 25 Abs. 1 Teilsatz 2 ZGB eintritt. Dies ist beispielsweise der Fall bei Eltern mit gemeinsamer elterlicher Sorge und unterschiedlichen Wohnsitzen, die

- über kein Aufenthaltsbestimmungsrecht mehr verfügen, weil es ihnen nach Art. 310 ZGB entzogen wurde;
- ein alternierendes Obhutmodell leben und anstelle der Obhut die Betreuungsanteile geregelt haben, ohne dass der Wohnsitz bestimmt ist, oder die alternierende Obhut strittig ist und eine formelle Obhutszuteilung fehlt;
- das Kind vor der Unterbringung in einer IVSE-Einrichtung bereits einen eigenständigen Wohnsitz am Aufenthaltsort begründet hat (z.B. bei Unterbringung in einer Pflegefamilie).

Ein «übriger Fall» liegt auch vor:

- während der Zeitspanne, in der die KESB einem Kind, das nicht oder nicht mehr unter elterlicher Sorge steht, noch keine Vormundin oder Vormund ernannt hat;
- wenn die KESB des Aufenthaltsorts eine Vormundschaft errichtet oder übernimmt (Art. 25 Abs. 2 ZGB);
- ein internationaler Sachverhalt zur Wohnsitzbegründung am Aufenthaltsort führt (z.B. Art. 20 Abs. 2 IPRG);
- bei Eltern mit unbekanntem Wohnsitz.

Der Ausnahmetatbestand kommt bei Minderjährigen somit in folgenden Konstellationen nicht zur Anwendung:

- wenn ein Elternteil allein sorgeberechtigt ist;
- wenn die Eltern mit gemeinsamer elterlicher Sorge über einen gemeinsamen Wohnsitz verfügen bzw. in derselben Gemeinde wohnen;
- wenn bei gemeinsamer elterlicher Sorge und getrennten Wohnsitzen einem Elternteil die alleinige Obhut zugeteilt wurde (formelle Obhutszuteilung).

Wechselt der oder die Minderjährige in eine andere IVSE-Einrichtung, bleibt der zuletzt abgeleitete zivilrechtliche Wohnsitz auch für das Leisten der Kostenübernahmegarantie zugunsten der neuen Einrichtung zuständig.

Art. 39^{bis}

Die Teilrevision der IVSE vom 23. November 2018 entfaltet ihre Rechtswirkungen, wenn der Vorstand der Vereinbarungskonferenz IVSE diese in Kraft gesetzt hat. Die Inkraftsetzung muss innert zwölf Monaten, nachdem der Revision mindestens 18 Kantone beigetreten sind, erfolgen. Die Anpassungen gelten dann auf alle bestehenden und neuen Platzierungen. Bestehende Kostenübernahmegarantien, die wegen der neuen Bestimmungen zu einem Wechsel der Zuständigkeit eines Kantons führen, sind nicht mehr gültig.

V. Finanzielle und personelle Auswirkungen

1. Finanzielle Auswirkungen

Der neue Art. 5 Abs. 1^{bis} IVSE sieht vor, dass beim Vorliegen des Ausnahmeetatbestandes von Art. 25 Abs. 1 Teilsatz 2 ZGB der Kanton des letzten von den Eltern oder eines Elternteils abgeleiteten zivilrechtlichen Wohnsitzes für die Unterbringungskosten aufkommt. Die Zuständigkeit für die Übernahme der Unterbringungskosten kann sich während der Massnahme ändern. Begründen die Eltern mit gemeinsamem Sorgerecht während der Massnahme in der gleichen Gemeinde ihren zivilrechtlichen Wohnsitz, leitet sich die Zuständigkeit wieder vom Wohnsitz der Eltern ab. Die vorherige Zuständigkeit wird somit beendet. Im Verlauf der Unterbringung können die Kosten bei verschiedenen Gemeinwesen anfallen.

Seit dem Jahr 2014 erteilte der Kanton Graubünden bzw. die jeweils zuständige Gemeinde 80 Kostenübernahmegarantien für Kinder und Jugendliche in ausserkantonalen Kinder- und Jugendheimen (Zeile 1 der untenstehenden Tabelle). In 13 Fällen verfügten die Eltern über das gemeinsame Sorgerecht und wohnten in unterschiedlichen Gemeinden (Zeile 2 der Tabelle).

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl Kostenübernahmegarantien für Unterbringungen in Einrichtungen der IVSE Bereich A	18	10	18	8	20	6
Anzahl Elternpaare mit gemeinsamer elterliche Sorge und unterschiedlichen Wohnsitzen	3	1	4	1	4	0

Ausgehend von den Angaben in den Kostenübernahmegesuchen der Fälle 2014 bis 2019 hätten in zwölf der 13 obgenannten Fällen die Unterbringungskosten durch den Kanton Graubünden (bzw. die zuständige Gemeinde) als Wohnkanton übernommen werden müssen. Die Zuständigkeit kann sich bei umherziehenden Eltern während der Massnahme ändern. Wird die einmal begründete Zuständigkeit während der Massnahme beendet, muss der Kanton Graubünden in der Regel für eine kürzere Zeitspanne die Kosten übernehmen. Die Kosten fallen entsprechend tiefer aus.

Es ist also damit zu rechnen, dass in wenigen Einzelfällen pro Jahr der Kanton Graubünden bzw. die entsprechenden Gemeinden neu eine Kostenübernahmegarantie abzugeben und damit die Kosten zu tragen haben.

Die Massnahmen und die Dauer der Massnahmen sind individuell. Betroffen sind Kinder und Jugendliche aller Altersstufen bis zur Volljährigkeit, respektive bis 25 Jahre bei Massnahmen des Jugendstrafrechts. Die Unterbringungs- und Betreuungskosten in Einrichtungen liegen zwischen Fr. 82.– bis Fr. 931.– pro Tag (Quelle: Tarife 2019 ausserkantonale IVSE-Einrichtungen). Aufgrund der individuell angepassten Massnahmen ist eine verlässliche Gesamtkostenabschätzung nicht möglich.

Lage bei einem Nichtbeitritt zur Teilrevision

Wie oben unter Ziff. II erwähnt würde zwischen zwei Kantonen, welche der Teilrevision nicht beitreten, oder zwischen einem Kanton mit Beitritt und einem Kanton ohne Beitritt weiterhin die heute geltende IVSE anwendbar sein. Allerdings hat das Bundesgericht bezüglich der heute geltenden IVSE im Urteil vom 21. November 2017 ausgeführt, dass beim Vorliegen des Ausnahmetatbestands von Art. 25 Abs. 1 Teilsatz 2 ZGB die Zuständigkeit für die Übernahme der Unterbringungskosten nach Art. 7 Abs. 3 lit. c ZUG bestimmt wird. Danach ist der Kanton des letzten Unterstützungswohnsitzes des Kindes vor der Unterbringung für die Übernahme der Unterbringungskosten zuständig, bis die Massnahme aufgehoben wird. Der einmal begründete Unterstützungswohnsitz bleibt somit bis zur Beendigung der Massnahme bestehen. Der Wechsel von Einrichtungen sowie das Umziehen der Eltern verändern diese Zuständigkeit nicht. Ausgehend von den Angaben in den Kostenübernahmegesuchen der Fälle 2014 bis 2019 hätten gemäss Bundesgerichtsurteil die Unterbringungskosten in zwölf der 13 oben genannten Fälle vom Kanton Graubünden bzw. von der zuständigen Gemeinde übernommen werden müssen. Da die Zuständigkeit erst mit der Aufhebung der Massnahme endet, würde der Kanton Graubünden bzw. Gemeinde solange zahlungspflichtig bleiben, wie die Massnahme andauert.

Das bedeutet, dass der Beitritt zur Revision der IVSE keine neuen Kosten nach sich zieht. Massgebend ist vielmehr das Bundesgerichtsurteil. Die Revision wurde denn mitunter auch anhand genommen, um dieses Urteil abzubilden und umzusetzen.

2. Personelle Auswirkungen

Die Prüfung der Kostenübernahmegarantien im Bereich A der IVSE wird durch das kantonale Sozialamt vorgenommen, die Bestätigung der Kostengutsprachen erfolgt durch die Gemeinden. Die Teilrevision führt zu keinem administrativen Mehraufwand und kann mit den heutigen personellen Ressourcen bewältigt werden.

VI. Regulierungsfolgenabschätzung (RFA)

Da die Revisionsvorlage keine Auswirkungen auf die Tätigkeit oder die Handlungsfreiheit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) hat, wird auf eine Regulierungsfolgenabschätzung verzichtet.

VII. Gute Gesetzgebung

Die Grundsätze der «Guten Gesetzgebung» gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben (vgl. RB vom 16. November 2010, Prot. Nr. 1070) werden mit der Gesetzesvorlage beachtet.

VIII. Inkrafttreten

Gemäss dem neuen Art. 39^{bis} IVSE tritt die Teilrevision vom 23. November 2018 spätestens nach zwölf Monaten, nachdem ihr mindestens 18 Vereinbarungskantone (mit Ausnahme des Fürstentums Liechtenstein) beigetreten sind, in Kraft. Der Vorstand der Vereinbarungskonferenz IVSE muss nach Erreichen des Quorums den Zeitpunkt des Inkrafttretens innert dieser Frist festlegen. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Länge der Ratifikationsverfahren in den Kantonen kommt als frühester Zeitpunkt der 1. Januar 2020 in Betracht.

IX. Anträge

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen,

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision vom 23. November 2018 der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen gemäss beiliegendem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Landespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Parolini*
Der Kanzleidirektor: *Spadin*

Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)

Änderung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Der Beschluss vom 22. Oktober 2008 betreffend Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) wird wie folgt geändert:

Ziffer 1a

Der Kanton Graubünden genehmigt die Teilrevision vom 23. November 2018 der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) vom 13. Dezember 2002.

II.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)

Vom 13. Dezember 2002 (Stand ...)

Präambel

In Anbetracht dessen,

- dass soziale Einrichtungen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Wohnsitz in einem anderen Kanton offen stehen sollen,
- dass die hierfür nötige Angebotsoffenheit nur spielen kann, wenn die Kostenübernahme zwischen den Kantonen auf der Grundlage einheitlicher Berechnungsmethoden gesichert ist,
- dass eine enge interkantonale Zusammenarbeit im Bereiche der sozialen Einrichtungen anzustreben ist,

beschliessen die Kantone, gestützt auf den Vorschlag der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK), im Einvernehmen mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) folgende Vereinbarung:

I. Grundlagen

1. ZWECK

Art. 1

¹ Die Vereinbarung bezweckt, die Aufnahme von Personen mit besonderen Betreuungs- und Förderungsbedürfnissen in geeigneten Einrichtungen ausserhalb ihres Wohnkantons ohne Erschwernisse zu ermöglichen.

² Die Vereinbarungskantone arbeiten in allen Belangen der IVSE zusammen. Sie tauschen insbesondere Informationen über Massnahmen, Erfahrungen sowie Ergebnisse aus, stimmen ihre Angebote an Einrichtungen aufeinander ab und fördern die Qualität derselben.

2. GELTUNGSBEREICH

Art. 2

¹ Die IVSE bezieht sich auf Einrichtungen der folgenden Bereiche:

Bereiche

- A Stationäre Einrichtungen, die gestützt auf eidgenössisches oder kantonales Recht Personen bis zum vollendeten 20. Altersjahr, längstens jedoch bis nach Abschluss der Erstausbildung beherbergen, sofern sie vor Erreichen der Volljährigkeit in eine Einrichtung eingetreten oder dort untergebracht worden sind.

Im Fall von Massnahmen gemäss dem Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht liegt die Altersgrenze unabhängig vom Eintrittsalter beim vollendeten 25. Altersjahr.

- B Einrichtungen für erwachsene, invalide Personen oder Einheiten solcher Einrichtungen gemäss dem Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG)¹⁾:

- a) Werkstätten, die dauernd intern oder an dezentral ausgelagerten Arbeitsplätzen invalide Personen beschäftigen, die unter üblichen Bedingungen keine Erwerbstätigkeit ausüben können;
- b) Wohnheime und andere betreute kollektive Wohnformen für invalide Personen;
- c) Tagesstätten, in denen invalide Personen Gemeinschaft pflegen und an Freizeit- und Beschäftigungsprogrammen teilnehmen können.

Einheiten von Einrichtungen, welche die gleichen Leistungen wie die Einrichtungen gemäss Buchstaben a) bis c) erfüllen, sind gleichgestellt.

- C Stationäre Therapie- und Rehabilitationsangebote im Suchtbereich

- D Einrichtungen der externen Sonderschulung:

- a) Sonderschulen für Unterricht, Beratung und Unterstützung inklusive integrativer Sonderschulung sowie für die Tagesbetreuung, sofern diese Leistung von der Einrichtung erbracht wird;
- b) Früherziehungsdienste für Kinder mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Kinder;
- c) Pädagogisch-therapeutische Dienste für Logopädie oder Psychomotoriktherapie, sofern diese Leistungen nicht innerhalb des Regelschulangebotes erbracht werden.

² Die Vereinbarungskonferenz (VK) kann die Vereinbarung unter Vorbehalt der Artikel 6 und 8 der IVSE auf weitere Bereiche sozialer Einrichtungen ausdehnen.

³ Die Kantone können einzelnen, mehreren oder allen Bereichen beitreten.

Art. 3

Ausnahmen

¹ Einrichtungen, die einem Konkordat über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Straf- und Massnahmenvollzugskonkordate) unterstellt sind, fallen nicht unter diese Vereinbarung.

¹⁾ SR 831.26

² Einrichtungen für Betagte, sowie medizinisch geleitete Einrichtungen fallen nicht unter diese Vereinbarung.

³ Einheiten von Einrichtungen gemäss Absatz 2 mit eigener Rechnung und Leitung können der IVSE ebenfalls unterstellt werden, wenn sie deren Voraussetzungen erfüllen.

⁴ Einrichtungen fallen nicht unter diese Vereinbarung für Leistungen, die sie zur beruflichen Eingliederung im Sinne der Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung¹⁾ erbringen.

3. BEGRIFFE

Art. 4

Die folgenden Begriffe werden im Rahmen der IVSE auf Grund der nachstehenden Definitionen verwendet:

- a) Vereinbarungskonferenz (VK)
Die Versammlung all jener Mitglieder der SODK, deren Kanton der IVSE beigetreten ist, bildet die Vereinbarungskonferenz.
- b) Vorstand der VK
Der Vorstand VK entspricht den Vorstandsmitgliedern SODK, soweit deren Kanton der IVSE beigetreten ist.
- c) Vereinbarungskanton
Der Vereinbarungskanton ist derjenige Kanton, der mindestens einem Bereich der IVSE beigetreten ist.
- d) Wohnkanton
Der Wohnkanton ist derjenige Kanton, in dem die Person, welche die Leistungen beansprucht, ihren zivilrechtlichen Wohnsitz hat.
- e) Standortkanton
Standortkanton ist der Kanton, in dem die Einrichtung ihren Standort hat. Wird die unternehmerische und finanzielle Herrschaft über die Einrichtung in einem anderen Kanton ausgeübt, so kann dieser als Standortkanton vereinbart werden.
- f) Einrichtung
Die Einrichtung ist eine Struktur, die als juristische oder natürliche Person Leistungen in einem Bereich nach Artikel 2 Absatz 1 erbringt.
- g) Richtlinie
Die Richtlinie stellt eine verbindliche Sekundärnorm der IVSE dar. Sie wird durch den Vorstand VK erlassen.

¹⁾ SR 831.20

4. NACHTRÄGLICHE WOHNSTITZNAHME UND AUFENTHALT

Art. 5

Besondere
Zuständigkeit

¹ Der Aufenthalt in einer Einrichtung gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B Litera b) bewirkt keine Änderung der bisherigen Zuständigkeit für das Leisten der Kostenübernahmegarantie.

^{1bis} Begründet eine Person mit dem Aufenthalt oder während des Aufenthaltes in einer Einrichtung gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich A ihren zivilrechtlichen Wohnsitz am Standort der Einrichtung, ist der Kanton des letzten von den Eltern oder eines Elternteils abgeleiteten zivilrechtlichen Wohnsitzes für das Leisten der Kostenübernahmegarantie zuständig.

² Für Vergütungen von Leistungen der externen Sonderschulung hat derjenige Kanton die Kostenübernahmegarantie zu leisten, in dem sich der Schüler oder die Schülerin aufhält.

II. Organisation

1. KONSTITUIERUNG DER IVSE, VOLLZUG, ORGANE

Art. 6

Vollzug

¹ Die SODK ist solange die federführende Konferenz, bis die Organe geschaffen sind.

² Die VK gewährleistet den Vollzug der IVSE.

³ Sie arbeitet dabei mit den weiteren im Bereich der sozialen Einrichtungen zuständigen Fachdirektorenkonferenzen und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren zusammen. Zu den weiteren zuständigen Fachdirektorenkonferenzen gehören:

- die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)
- die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)
- die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

⁴ Die VK konsultiert die EDK, die KKJPD und die GDK in Bezug auf die von ihr gestützt auf die Artikel 8 Buchstabe a) und 9 Buchstaben, g) und h) der IVSE zu fällenden Entscheide.

Art. 7

Organe

¹ Organe der IVSE sind:

- a) Die VK
- b) Der Vorstand VK

- c) Die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE
- d) Die Regionalkonferenzen
- e) Die Rechnungsprüfungskommission

² Wahlen und Abstimmungen:

- a) Rechtsgültige Beschlüsse und Wahlen bedürfen der Anwesenheit der Hälfte der in der IVSE für die Besetzung der Organe vorgesehenen stimmberechtigten Mitglieder unter Vorbehalt von Artikel 8 Buchstabe a).
- b) Bei Abstimmungen entscheidet das Mehr der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Präsidentin oder der Präsident mit Stichentscheid.
- c) Bei Wahlen gilt das absolute Mehr der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

³ Die VK erlässt ein Reglement zu Konstituierung und Tätigkeit der Organe.

Art. 8

Die VK ist zuständig für:

VK

- a) Die Ausdehnung der IVSE auf weitere Bereiche sozialer Einrichtungen gemäss Artikel 2 Absatz 2. Entscheide bedürfen für ihre Gültigkeit der Zweidrittelmehrheit.
- b) Den Erlass eines Reglements zur Konstituierung und Tätigkeit der Organe gemäss Artikel 7 Absatz 3.

Art. 9

¹ Der Vorstand VK ist zuständig für:

Vorstand VK

- a) Die Durchführung des Beitrittsverfahrens nach Artikel 37
- b) Die Festlegung des Zeitpunktes des Inkrafttretens der IVSE im Anschluss an das Erreichen des Quorums sowie die entsprechende Mitteilung an die Vereinbarungskantone gemäss Artikel 39
- c) Die Mitteilung an die SODK bei Unterschreiten des Quorums gemäss Artikel 40
- d) Die Genehmigung des Voranschlages und der Rechnung der IVSE
- e) Die Festlegung der Regionen gemäss Artikel 12 Absatz 3
- f) Die Verweigerung der Aufnahme oder Streichung einer Einrichtung von der Liste bei Nichterfüllen der Anforderungen der IVSE auf Antrag der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen IVSE
- g) Den Erlass folgender Richtlinien:
 - Zur Leistungsabgeltung gemäss den Artikel 20 und 21
 - Zum Verfahren im Bereich C gemäss Artikel 30
 - Rahmenrichtlinien zur Qualität gemäss Artikel 33 Absatz 2
 - Zur Kostenrechnung gemäss Artikel 34 Absatz 2
- h) Die Verabschiedung von Empfehlungen

- i) Die Abstimmung der Angebote zwischen den Regionen und deren periodische Erörterung mit ihnen
- k) Alle Entscheide, die nicht in die Kompetenz eines anderen Organs fallen.

² An den Sitzungen des Vorstandes VK nimmt der Präsident oder die Präsidentin der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen IVSE zu den Geschäften der IVSE mit beratender Stimme teil.

2. VERBINDUNGSSTELLEN

Art. 10

Bezeichnung Jeder Vereinbarungskanton bezeichnet eine Verbindungsstelle.

Art. 11

Zuständigkeit ¹ Die Verbindungsstellen sind zuständig für:

- a) Das Einholen der Kostenübernahmegarantie;
- b) Die Entgegennahme und Bearbeitung von Gesuchen um Kostenübernahmegarantie und den Entscheid über dieselben;
- c) Die Koordination der Information und der Geschäftsbearbeitung mit Verwaltungen sowie Einrichtungen und deren Vertretungen innerhalb des Kantons;
- d) Den Informationsaustausch und die Geschäftsbearbeitung mit Verbindungsstellen anderer Vereinbarungskantone;
- e) Die Führung eines Registers über die erteilten Kostenübernahmegarantien.

² Die Verbindungsstellen nehmen an den Sitzungen der Regionalkonferenzen teil.

3. REGIONALKONFERENZEN

Art. 12

Zusammenschluss ¹ Die Verbindungsstellen schliessen sich zu den vier Regionalkonferenzen Westschweiz/Tessin, Nordwestschweiz, Zentralschweiz und Ostschweiz zusammen.

² Jede Verbindungsstelle gehört einer Regionalkonferenz an. Sie kann weiteren Regionalkonferenzen mit beratender Stimme angehören.

³ Der Vorstand VK legt die Regionen fest.

Art. 13

Zuständigkeit Die Regionalkonferenzen sind zuständig für:

- a) Die Wahl von zwei Vertretern beziehungsweise Vertreterinnen als Mitglieder der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen IVSE.
- b) Die Abstimmung der Angebote an Einrichtungen zwischen den Kantonen im Rahmen der Region.
- c) Den Austausch von Informationen im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 und die Weiterleitung derselben an die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE.
- d) Anträge an die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE, insbesondere in Bezug auf die Aufnahme oder Streichung einer Einrichtung von der Liste der Einrichtungen.

4. SCHWEIZERISCHE KONFERENZ DER VERBINDUNGSSTELLEN IVSE

Art. 14

Die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE besteht aus je zwei Vertretern oder Vertreterinnen der Regionalkonferenzen. Der Konferenzsekretär oder die Konferenzsekretärin der SODK nimmt an den Verhandlungen mit beratender Stimme teil.

Zusammen-
setzung

Art. 15

Die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE ist zuständig für:

Zuständigkeit

- a) Die Ausarbeitung von Bericht und Antrag zu den Geschäften des Vorstandes VK gemäss Artikel 9 Litera e) – h). Anträge gemäss Artikel 9 Litera f) dürfen nur auf Antrag einer Regionalkonferenz erfolgen.
- b) Den Austausch von Informationen im Sinne von Artikel 1 Absatz 2.
- c) Die Instruktion der Verbindungsstellen.

5. RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Art. 16

Die Rechnungsprüfungskommission der SODK revidiert die Jahresrechnung der IVSE und erstattet der VK Bericht und Antrag.

6. GESCHÄFTSFÜHRUNG

Art. 17

¹ Das Zentralsekretariat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren führt die Geschäfte der IVSE, soweit nicht die Kantone dafür zuständig sind.

Sekretariat

² Es besorgt auch die Sekretariate der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen sowie in der Regel von Ad-hoc-Fachgruppen.

³ gestrichen

Art. 18

Kosten

¹ Die Kosten, welche durch die Anwendung dieser Vereinbarung entstehen, werden von der VK getragen.

² Das Zentralsekretariat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren stellt den Vereinbarungskantonen hierfür Rechnung und sorgt für das Inkasso.

III. Leistungsabgeltung und Kostenübernahmegarantie

1. GRUNDSATZ

Art. 19

¹ Der Wohnkanton sichert der Einrichtung des Standortkantons mittels der Kostenübernahmegarantie die Leistungsabgeltung zu Gunsten der Person für die zu garantierende Periode zu.

² Die zahlungspflichtigen Stellen und Personen des Wohnkantons schulden der Einrichtung des Standortkantons die Leistungsabgeltung für die Leistungsdauer.

2. LEISTUNGSABGELTUNG

Art. 20

Definition
Leistungs-
abgeltung

¹ Die Leistungsabgeltung berechnet sich aus dem anrechenbaren Nettoaufwand abzüglich der Bau- und Betriebsbeiträge des Bundes. Der verbleibende Betrag wird auf die Person pro Verrechnungseinheit umgerechnet.

² Der anrechenbare Nettoaufwand ergibt sich aus dem anrechenbaren Aufwand abzüglich des anrechenbaren Ertrages.

Art. 21

Definition
anrechenbarer
Aufwand und
Ertrag

¹ Als anrechenbarer Aufwand gelten die für die Leistung erforderlichen Personal- und Sach- inkl. Kapitalkosten und Abschreibungen.

² Als anrechenbarer Ertrag gelten Einnahmen aus dem Leistungsbereich inkl. Kapitalerträge sowie freiwillige Zuwendungen, soweit diese für den Betrieb bestimmt sind.

³ Der Vorstand VK erlässt eine Richtlinie zu den Artikel 20 und 21.

Art. 22

¹ Die Höhe der Beiträge der Unterhaltspflichtigen im Rahmen der IVSE entspricht den mittleren Tagesaufwendungen für Kost und Logis für eine Person in einfachen Verhältnissen. Beiträge der Unterhaltspflichtigen

² Von Unterhaltspflichtigen nicht geleistete Beiträge können der Sozialhilfe belastet werden.

Art. 23

¹ Die Leistungsabgeltung kann sowohl durch Methode D (Defizitdeckung) als auch Methode P (Pauschalen) erfolgen. Methode

² Besteht zwischen dem Standortkanton und seiner Einrichtung keine Abmachung bezüglich der Methode P, so kommt die Methode D zur Anwendung.

³ Die Vereinbarungskantone streben den Übergang von der Methode D zur Methode P an. Der Vorstand VK fördert diesen Prozess im Rahmen von Artikel 1 Absatz 2.

Art. 24

¹ Als Verrechnungseinheit gilt der Kalendertag. Verrechnungseinheit

^{1 bis} Für Leistungen von Werkstätten gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B Litera a) gelten die vereinbarten Arbeitsstunden als Verrechnungseinheit.

^{1 ter} Für Leistungen von Tagesstätten gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B gilt der Aufenthaltstag als Verrechnungseinheit. Der Vorstand VK erlässt eine Richtlinie zur Definition des Aufenthaltstages.

^{1 quater} Für Leistungen, die von Sonderschulen ausserhalb der Einrichtung erbracht werden sowie für Leistungen von Sonderschuleinrichtungen gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich D Litera b) und c) gilt die Unterrichts-, Therapie- oder Beratungsstunde als Verrechnungseinheit.

² Bei der Methode P kann von den Verrechnungseinheiten gemäss Absätzen 1, 1bis, 1ter und 1quater abgewichen werden.

Art. 25

¹ Die Einrichtung des Standortkantons kann den zahlungspflichtigen Stellen und Personen monatlich Rechnung stellen. Die Rechnungen sind innert 30 Tagen nach Eingang zu bezahlen. Inkasso

² Bleiben nach Ablauf der Zahlungsfrist die Überweisungen der Zahlungspflichtigen aus, mahnt die Einrichtung schriftlich. 10 Tage nach Eintreffen der Mahnung beginnt ein Verzugszins von 5 Prozent zu laufen.

³ Bei Inkassoproblemen leistet der Wohnkanton Hilfe.

3. KOSTENÜBERNAHMEGARANTIE

Art. 26

Ablauf

¹ Die Verbindungsstelle des Standortkantons holt vor der Unterbringung oder vor dem Eintritt der Person bei der Verbindungsstelle des Wohnkantons die Kostenübernahmegarantie ein.

² Kann das Gesuch um die Kostenübernahmegarantie wegen zeitlicher Dringlichkeit nicht vor Beginn der Unterbringung oder des Eintritts der Person in die Einrichtung gestellt werden, so ist es so rasch als möglich nachzuholen.

Art. 27

Modalitäten

¹ Die Kostenübernahmegarantie kann befristet und mit Auflagen versehen sein. Bei einem Wechsel des Wohnkantons holt der Standortkanton eine neue Kostenübernahmegarantie ein.

² Unbefristete Kostenübernahmegarantien können mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.

³ Gesuche um eine Kostenübernahmegarantie zu Gunsten von erwachsenen Personen erfordern deren Einwilligung.

4. REGELN FÜR ERWACHSENE PERSONEN MIT BEHINDERUNGEN GEMÄSS BEREICH B

Art. 28

Kosten-
beteiligung;
Grundsätze

¹ Für erwachsene, invalide Personen gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B Litera b) und c) gelten in teilweiser Abweichung von Kapitel III (Leistungsabgeltung und Kostenübernahmegarantie) die nachfolgenden Regeln.

² Die erwachsene, invalide Person in Einrichtungen gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B Litera b) und c) trägt die Kosten der Leistungsabgeltung teilweise oder vollständig aus ihrem Einkommen und aus Anteilen des Vermögens.

³ Die Berechnung der Kostenbeteiligung erfolgt nach den im Wohnkanton geltenden Regeln.

Art. 29

Kosten-
beteiligung und
Leistungs-
abgeltung

¹ Die Kostenbeteiligung wird von der Einrichtung bei der Person oder deren gesetzlichen Vertretung auf Grund der Kostenübernahmegarantie des Wohnkantons eingefordert.

² Verbleibt nach Abzug der Kostenbeteiligung von der Leistungsabgeltung ein ungedeckter Betrag, so gilt der Wohnkanton diesen der Einrichtung ab.

5. REGELN FÜR DEN BEREICH C

Art. 30

Für das Verfahren im Bereich C kann der Vorstand VK eine spezielle Richtlinie erlassen.

IV. Einrichtungen

1. LISTE DER EINRICHTUNGEN

Art. 31

¹ Der Standortkanton bezeichnet die Einrichtungen in seiner Zuständigkeit, welche er der IVSE zu unterstellen beabsichtigt, teilt sie im Sinne des Artikel 2 Absatz 1 den entsprechenden Bereichen zu, bezeichnet die von der Einrichtung angewandte Methode der Leistungsabteilung gemäss Artikel 23 und meldet diese Angaben dem Zentralsekretariat der SODK. Bezeichnen der
Einrichtungen

² Fallen nicht alle Abteilungen einer Einrichtung unter die IVSE, so bezeichnet der Standortkanton ausdrücklich jene Abteilungen, auf welche die IVSE Anwendung finden soll.

Art. 32

¹ Das Zentralsekretariat der SODK führt eine Liste der Einrichtungen beziehungsweise derjenigen Abteilungen, welche der IVSE unterstellt sind. Es führt die Liste nach Bereichen gem. Artikel 2 Absatz 1 sowie nach Methoden der Leistungsabteilung gemäss Artikel 23 der IVSE. Liste

² Die Verbindungsstellen melden alle Mutationen umgehend dem Zentralsekretariat der SODK, welches diese Liste laufend nachführt.

2. QUALITÄT UND WIRTSCHAFTLICHKEIT

Art. 33

¹ Die Standortkantone gewährleisten in den dieser Vereinbarung unterstellten Einrichtungen einen therapeutisch, pädagogisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb.

² Der Vorstand VK erlässt Rahmenrichtlinien zu den Qualitätsanforderungen.

3. KOSTENRECHNUNG

Art. 34

¹ Die Standortkantone sorgen dafür, dass die ihnen unterstellten Einrichtungen eine Kostenrechnung führen.

² Der Vorstand VK erlässt Richtlinien zur Kostenrechnung.

V. Rechtsschutz und Streitbeilegung

Art. 35

Streitbeilegung

Kantone und Organe bemühen sich, Streitigkeiten aus der IVSE durch Verhandlungen oder Vermittlung beizulegen. Sie befolgen hierbei die Vorschriften der Streitbeilegung gemäss Artikel 31 ff. der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Rahmenvereinbarung, IRV) vom 24. Juni 2005.

Art. 35bis

Sitz

Der Sitz der IVSE ist am Standort des Zentralsekretariates der SODK.

Art. 35ter

Anwendbares
Recht

Es gilt das Recht des Sitzkantons.

VI. Schluss- und Übergangsbestimmungen

1. BEITRITT ZUR IVSE

Art. 36

Beitritt

¹ Der Vorstand SODK gibt die vorliegende Vereinbarung zum Beitritt frei und führt das Beitrittsverfahren durch.

² Beitreten können die Kantone der Schweiz sowie das Fürstentum Liechtenstein.

Art. 37

Verfahren

¹ Der Beitritt zu dieser Vereinbarung kann auf Beginn eines jeden Quartals erklärt werden.

² Die schriftliche Beitrittserklärung muss dem Zentralsekretariat der SODK zuhänden des Vorstandes VK mindestens 30 Tage vor dem Beitrittstermin zugehen.

³ In der Beitrittserklärung wird angegeben, für welche Bereiche gemäss Artikel 2 der Beitritt erfolgt.

⁴ Die Beitrittserklärung ist nur gültig, wenn gleichzeitig die Mitgliedschaft bei der IHV, soweit diese in den Bereichen A und B besteht, gekündigt wird.

2. KÜNDIGUNG DER IVSE

Art. 38

¹ Die Kündigung der IVSE ist dem Zentralsekretariat SODK zuhanden des Vorstandes VK schriftlich einzureichen.

² Der Austritt wird auf das Ende des dem Kündigungsschreiben folgenden Kalenderjahres rechtswirksam.

³ Das Kündigungsschreiben gibt den respektive die betroffenen Bereiche an.

⁴ Vor der Kündigung erteilte Kostenübernahmegarantien behalten ihre Gültigkeit.

3. INKRAFTTRETEN DER IVSE

Art. 39

¹ Sobald in drei Regionen mindestens je zwei Kantone mindestens zwei Bereichen beigetreten sind, bestellt die SODK die Organe. Der Vorstand VK legt anschliessend den Zeitpunkt für das Inkrafttreten fest und orientiert die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein.

Inkrafttreten der
IVSE vom 13.
Dezember 2002

² Das Inkraftsetzen hat spätestens zwölf Monate nach Erreichen des Quorums zu erfolgen.

Art. 39^{bis}

¹ Die Teilrevision vom 23. November 2018 ist ab ihrem Inkrafttreten auf alle bestehenden und neuen Platzierungen anwendbar.

Inkrafttreten der
Teilrevision vom
23. November
2018

² Sie tritt spätestens nach 12 Monaten in Kraft, nachdem ihr mindestens 18 Kantone beigetreten sind.

³ Der Vorstand VK legt das Datum des Inkrafttretens fest.

4. AUFHEBUNG DER IVSE

Art. 40

¹ Sobald das Quorum gem. Artikel 39 Absatz 1 unterschritten wird, ist die IVSE aufzuheben.

² Der Vorstand VK meldet die Unterschreitung des Quorums an die SODK. Die SODK legt den Zeitpunkt für die Aufhebung fest und teilt ihn den Kantonen sowie dem Fürstentum Liechtenstein mit.

³ Ein allfälliger Liquidationsgewinn ist der SODK zu überweisen.

Art. 41

Kostenübernahme-
garantien

Vor der Aufhebung der IVSE erteilte Kostenübernahmegarantien behalten ihre Gültigkeit.

V. ÜBERGANGSREGELUNG IHV/IVSE

Art. 42

Kostengut-
sprachen/Kosten-
übernahme-
garantien

¹ Bestehende Kostengutsprachen der IHV behalten für Vereinbarungskantone die Gültigkeit als Kostenübernahmegarantie. Artikel 27 Absatz 2 gilt analog.

² Für bestehende Kostenübernahmegarantien, bei denen sich die Leistungsabgeltung infolge des Wegfalls der Beiträge der IV verändert, müssen dem Wohnkanton bis zum 31.3.2008 neue Gesuche unterbreitet werden. Dies gilt auch betreffend Leistungen, für welche bis zum 31.12.2007 noch keine Kostenübernahmegarantien geleistet wurden, sofern sich die Berechnung der Leistungsabgeltung verändert.

Art. 43

Liste

¹ Die Liste der Heime und Einrichtungen gemäss Artikel 8 der IHV wird für die Beitrittskantone in die Liste der Einrichtungen gemäss Artikel 31 und 32 IVSE überführt.

² Die Vereinbarungskantone reichen innerhalb von sechs Monaten nach dem Beitritt ihre gemäss Artikel 2 und 23 angepasste und bereinigte Liste der Einrichtungen dem Sekretariat der SODK ein.

Anhang 1 zur IVSE**Inkrafttreten der IVSE:****A) BESTÄTIGUNG, DASS DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR DAS INKRAFTTRETEN DER IVSE ERFÜLLT SIND:**

Der Vorstand der SODK hat an seiner Sitzung vom 28.1.2005 davon Kenntnis genommen, dass das Quorum per 1.1.2006 erreicht ist und die IVSE auf den 1.1.2006 in Kraft gesetzt werden kann. Er genehmigt das weitere Vorgehen gemäss speziellem Plan des Zentralsekretariates SODK.

Wir bestätigen, dass die Voraussetzungen für das Inkrafttreten der IVSE gem. Art. 39 erfüllt sind und die Organe bestellt werden können.

Sobald die Organe gebildet sind, wird der Vorstand der Vereinbarungskonferenz (VK) den Zeitpunkt für das Inkrafttreten der IVSE festlegen und die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein orientieren.

Bern, 28.1.2005	Die Präsidentin SODK	Der Zentralsekretär SODK
	<i>sig. R. Lüthi</i>	<i>sig. E. Zürcher</i>
	Dr. Ruth Lüthi Staatsrätin	Ernst Zürcher

B) GENEHMIGUNG DES INKRAFTTRETENS DER IVSE DURCH DEN VORSTAND DER VK:

Der Vorstand der VK hat an seiner Sitzung vom 22.9.2005 das Inkrafttreten der IVSE per 1.1.2006 festgelegt.

Damit tritt die IVSE in Kraft per: 1. Januar 2006

Bern, 22.9.2005 **Vorstand der Vereinbarungskonferenz IVSE**

Die Präsidentin
sig. K. Hilber
Kathrin Hilber, Regierungsrätin

C) INKRAFTTRETEN DER AM 14. SEPTEMBER 2007
BESCHLOSSENEN ANPASSUNGEN:

Die Vereinbarungskonferenz hat am 14. September 2007 in Lausanne den Anpassungen der IVSE an die NFA mit Inkrafttreten per 1. Januar 2008 zugestimmt.

Damit tritt die angepasste IVSE in Kraft per: 1. Januar 2008

Bern, 14.9. 2007	Die Präsidentin der Ver- einbarungskonferenz IVSE	Die Generalsekretärin SODK
------------------	--	---------------------------------------

sig. Kathrin Hilber

sig. Margrith Hanselmann

Kathrin Hilber,
Regierungsrätin

Margrith Hanselmann

Anhang 2 zur IVSE**Abkürzungen**

EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
GDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (früher Sanitätsdirektoren genannt)
IFEG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen
IHV	Interkantonale Heimvereinbarung
IRV	Rahmenvereinbarung vom 24. Juni 2005 für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich
IVSE	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen
KKJPD	Schweizerische Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung
SKV IVSE	Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE
SODK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren
VK	Vereinbarungskonferenz

Anhang 3 zur IVSE**Liste der Vereinbarungskantone mit den Bereichen für die der Beitritt gilt (in der Reihenfolge der Beschlüsse)****Stand vom 1.1.2015:**

Kanton:	Beschluss vom:	Beitritt per:	Bereiche:
BS	20.05.2003	01.01.2006	A, B, D
AG	04.11.2003	01.01.2006	A, D
BE	10.12.2003	01.01.2006	A, B, C, D
UR	16.12.2003	01.01.2006	A, B
GL	14.01.2004	01.01.2006	A, B, D
FR	10.02.2004	01.01.2006	A, B, C, D
BL	23.03.2004	01.01.2006	A, B, D
SO	24.08.2004	01.01.2006	A, B, C, D
LU	07.09.2004	01.01.2006	A, B, C, D
OW	19.10.2004	01.01.2006	A, B, D
SZ	07.12.2004	01.01.2006	A, B, D
NE	22.12.2004	01.01.2006	A, B, C, D
VD	19.01.2005	01.01.2006	A, B, C, D
TI	05.04.2005	01.01.2006	A, B, C, D
UR	31.05.2005	01.01.2006	D
VS	22.06.2005	01.01.2006	A, B, C, D
SG	16.08.2005	01.01.2006	A, B
NW	18.10.2005	01.01.2006	A, B, D
JU	26.10.2005	01.01.2006	A, B, C, D
FL	02.12.2005	01.01.2006	B
SZ	20.09.2006	01.01.2007	C
AI	26.09.2006	01.01.2007	A, B
ZG	24.10.2006	01.01.2007	A, B, C, D

Kanton:	Beschluss vom:	Beitritt per:	Bereiche:
AG	08.11.2006	01.01.2007	B
SG	13.02.2007	01.01.2008	D
TG	20.08.2007	01.01.2008	A, B, D
SH	17.09.2007	01.01.2008	B, C
AR	29.10.2007	01.01.2008	A, B, C, D
ZH	14.11.2007	01.01.2008	A, B, C, D
GE	20.11.2007	01.01.2008	A, B, C, D
GR	22.10.2008	01.04.2009	A, B, C, D
SH	27.10.2008	01.01.2009	A, D
BS	10.03.2009	01.07.2009	C
FL	10.11.2009	01.01.2010	A, D
SG	08.10.2013	01.01.2015	C
NW	26.11.2014	01.01.2015	C

Anhang 4 zur IVSE**Ratifizierung der Anpassungen der IVSE an die NFA mit Inkrafttreten per 1. Januar 2008**

Alle Kantone sowie das Fürstentum Liechtenstein haben die an die NFA angepasste IVSE mit Inkrafttreten per 1. Januar 2008 ratifiziert (in der chronologischen Reihenfolge der Beschlüsse):

Kanton:	Beschluss vom:
BL	06.11.2007
AG	07.11.2007
ZH	14..11.2007
AR	11.12.2007
AI	01.01.2008
SO	01.01.2008
FL	01.01.2008
TI	01.01.2008
SH	08.01.2008
OW	15.01.2008
UR	22.01.2008
GL	23.01.2008
NE	06.02.2008
VD	20.02.2008
NW	26.02.2008
TG	15.04.2008
LU	06.05.2008
VS	07.05.2008
SZ	01.07.2008
GR	22.10.2008
ZG	16.12.2008

Kanton: **Beschluss vom:**

BS 10.03.2009

BE 25.03.2009

SG 26.01.2010

GE 15.05.2010

FR 10.12.2010

JU 23.03.2011

Participaziun dal chantun Grischun a la cunvegna interchantunala davart las instituziuns socialas (CIIS)

Midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 2 da la constituziun chantunala,
sunter avair gì invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I.

Il conclus dals 22 d'october 2008 concernent la participaziun dal chantun Grischun a la cunvegna interchantunala davart las instituziuns socialas (CIIS) vegn midà sco suonda:

Cifra 1a

Il chantun Grischun approvescha la revisiun parziala dals 23 da november 2018 da la cunvegna interchantunala davart las instituziuns socialas (CIIS) dals 13 da december 2002.

II.

Quest conclus è suttamess al referendum facultativ.

Cunvegna interchantunala davart las instituziuns socialas (CIIS)

dals 13 da december 2002 (stadi ...)

Preamblel

En vista al fatg

- che las instituziuns socialas duain star a disposiziun ad uffants, a giuvenils ed a persunas creschidas cun domicil en in auter chantun,
 - che la disponibladad da las purschidas necessarias po funcziunar mo, sch'igl è garantì tranter ils chantuns ch'ils custs vegnian surpigliads sin basa da metodos da calculaziun unitaras,
 - ch'i stoppia vegnir premissa en mira ina stretga collavuraziun interchantunala en il sector da las instituziuns socialas,
- concludan ils chantuns – sin basa da la proposta da la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals dals affars socials (CDAS) sco er en enclegientscha cun la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia (CDCGP) e cun la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da sanadad (CDS) – la suandanta cunvegna:

I. Basa

1. INTENT

Art. 1

¹ La cunvegna ha l'intent da pussibilitar a persunas cun basegns spezial da tgira e da promoziun da vegnir recepidas senza difficultads en instituziuns adattadas che sa chattan ordaifer lur chantun da domicil.

² Ils chantuns da cunvegna collavuran en tut ils secturs da la CIIS. En spezial barattan els infurmaziuns davart las mesiras, davart las experientschas e davart ils resultats, coordineschan las purschidas da lur instituziuns e promovon la qualitat da talas.

2. CHAMP D'APPLICAZIUN

Art. 2

¹ La CIIS cumpiglia las instituziuns dals suandants secturs:

Secturs

- A Instituziuns staziunaras che dattan – sin basa dal dretg federal u chantunal – alloschi a persunas fin a la cumplenida da lur 25avel onn

da vegliadetgna, maximalmain dentant fin a la finiziun da lur emprima scolaziun, premess ch'ellas sajan entradas u vegnidas collocadas en ina instituziun, avant ch'ellas han cuntanschi lur maiorenitad.

En cas da mesiras tenor la lescha federala davart il dretg penal per giuvenils è la limita da vegliadetgna il 22avel onn da vegliadetgna cumplenì, e quai independentamain da la vegliadetgna d'entrada.

- B Instituziuns per persunas creschidas cun impediments u unitads da talas instituziuns tenor la lescha federala davart instituziuns per promover l'integraziun da persunas invalidas (LIPI)¹⁾:
- a) lavuratori che occupan permanentamain – a plazzas da lavur internas u decentralas – persunas cun impediments che na pon betg pratitgar in'activitad da gudogn sut kundiziuns usitadas;
 - b) chasas da dimora ed autras furmas collectivs d'abitar assistidas per persunas cun impediments;
 - c) centers da di, nua che persunas cun impediments pon sa scuntrar e sa participar a programs da temp liber e d'occupaziun. Unitads d'instituziuns che adempleschan las medemas prestaziuns sco las instituziuns tenor las literas a fin c han ils medems dretgs sco quellas.
- C Purschidas staziunaras da terapia e da reabilitaziun en il sector da las dependenzas.
- D Instituziuns per la scolaziun speziala externa:
- a) scolas spezialas per l'instrucziun, per la cussegliaziun e per il sustegn, inclusiv la scolaziun speziala integrativa, sco er per la tgira da di, premess che questa prestaziun vegnia furnida da l'instituziun;
 - b) servetschs per l'educaziun prescolara d'uffants cun impediments e d'uffants ch'èn periclitads d'in impediment;
 - c) servetschs pedagogic-terapeutics per la logopedia u per la terapia da psicomotorica, premess che questas prestaziuns na vegnian betg furnidas entaifer la purschida da la scola regulara.

² Cun resalva dals artitgels 6 ed 8 CIIS po la conferenza da la cunvegna (CC) extender la cunvegna sin ulteriurs secturs da las instituziuns socialas.

³ Ils chantuns pon sa participar a singuls, a plirs u a tut ils secturs.

Art. 3

Excepziuns

¹ Instituziuns ch'èn sutmessas ad in concordat per l'execuziun da chastis e da mesiras na fan betg part da questa cunvegna.

² Instituziuns per persunas attempadas sco er instituziuns cun ina direcziun medicinala na fan betg part da questa cunvegna.

¹⁾ CS 831.26

³ Unitads d'instituziuns tenor l'alineia 2, che han in agen quint ed in'atgna direcziun, pon medemamain vegnir suttamessas a la CIIS, sch'ellas adempleschan sias premissas.

⁴ Per prestaziuns che las instituziuns furneschan per l'integraziun professiunala en il senn da las disposiziuns da la lescha federala davart l'assicuranza d'invaliditad ¹⁾, na fan ellas betg part da questa convegno.

3. NOZIUNS

Art. 4

Las noziuns qua sutvart vegnan duvradas en il rom da la CIIS tenor las suandantas definiziuns:

- a) Conferenza da la convegno (CC)
Tut quellas commembras e tut quels commembers da la CDAS, da las qualas e dals quals ils chantuns èn sa participads a la CIIS, furman la conferenza da la convegno.
- b) Suprastanza da la CC
La suprastanza da la CC vegn furmada da las commembras e dals commembers da la suprastanza da la CDAS, uschenavant che lur chantuns èn sa participads a la CIIS.
- c) Chantun da convegno
Sco chantun da convegno vala quel chantun che sa participescha ad almain in sector da la CIIS.
- d) Chantun da domicil
Il chantun da domicil è quel chantun, nua che la persuna che fa diever da las prestaziuns ha ses domicil da dretg civil.
- e) Chantun da staziunament
Il chantun da staziunament è quel chantun, nua che l'instituziun sa chatta. Sche la controlla da la gestiun e da las finanzas da l'instituziun vegn exequida en in auter chantun, po quest chantun vegnir determinà sco chantun da staziunament.
- f) Instituziun
L'instituziun è ina structura che furnescha – sco persuna giuridica u natirala – prestaziuns en in sector tenor l'artitgel 2 alineia 1.
- g) Directiva
La directiva è ina norma secundara lianta da la CIIS. Ella vegn relaschada da la suprastanza da la CC.

¹⁾ CS 831.20

4. PRENDER POSTERIURAMAIN DOMICIL, DIMORA

Art. 5Cumpetenza
speziala

¹ La dimora en ina instituziun tenor l'artitgel 2 alinea 1 sectur B litera b na mida betg la cumpetenza vertenta areguard la prestaziun da la garanzia da surpigliar ils custs.

^{1bis} Sch'ina persuna che ha sia dimora en ina instituziun tenor l'artitgel 2 alinea 1 sectur A stabilescha ses domicil da dretg civil al lieu da l'instituziun u sch'ella fa quai durant sia dimora en ina instituziun tenor l'artitgel 2 alinea 1 sectur A, è il chantun, nua ch'ils geniturs u in dals geniturs avevan l'ultim domicil da dretg civil responsabel da prestar la garanzia da surpigliar ils custs.

² Per indemnizaziuns da prestaziuns da la scolaziun speziala externa sto quel chantun prestar la garanzia da surpigliar ils custs, en il qual la scolara u il scolar sa trategna.

II. Organisaziun

1. CONSTITUZIUN DA LA CIIS, EXECUZIUN, ORGANS

Art. 6

Execuziun

¹ La CDAS è responsabla per la CIIS, fin ch'ils organs èn constituids.

² La CC garantescha per l'execuziun da la CIIS.

³ Per quest intent collavura ella cun las ulteriuras conferenzas specificas da directuras e da directurs ch'èn cumpetentas per il sectur da las instituziuns socialas, ed er cun la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da finanzas. A las ulteriuras conferenzas specificas da directuras e da directurs appartegnan:

- la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica (CDEP);
- la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia (CDCGP);
- la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da sanadad (CDS).

⁴ La CC consultescha la CDEP, la CDCGP e la CDS per las decisiuns ch'ella sto prender sin basa da l'artitgel 8 litera a e da l'artitgel 9 literas g e h CIIS.

Art. 7

Organs

¹ Ils organs da la CC èn:

- a) la CC;
- b) la suprananza da la CC;
- c) la conferenza svizra dals posts da contact da la CIIS;

- d) las conferenzas regiunalas;
- e) la cumissiun da revisiun da quints.

² Elecziuns e votaziuns:

- a) Per che conclus ed elecziuns sajan valaivels, sto – cun resalva da l'artitgel 8 litera a – esser preschenta la mesadad da las commembras e dals commembers che han il dretg da votar e ch'èn previs tenor la CIIS per occupar ils organs.
- b) Tar votaziun decida la maioritad da las vuschs valaivlas ch'èn vegnidas dadas. En cas da paritad da las vuschs decida la vusch da la presidenta u dal president.
- c) Tar elecziuns vala la maioritad absoluta da las vuschs valaivlas ch'èn vegnidas dadas. En cas da paritad da las vuschs decida la sort.

³ La CC relascha in reglament davart la constituziun e davart l'activitad da ses organs.

Art. 8

La CC è cumpetenta per:

CC

- a) extender la CIIS sin ulteriurs secturs da las instituziuns socialas tenor l'artitgel 2 alinea 2. Per esser valaivlas dovran las decisiuns ina maioritad da dus terzs;
- b) relaschar in reglament davart la constituziun e davart l'activitad dals organs tenor l'artitgel 7 alinea 3.

Art. 9

¹ La supranstanz da la CC è cumpetenta per:

Supranstanz da la
CC

- a) realisar la procedura da participaziun tenor l'artitgel 37;
- b) fixar il termin da l'entrada en vigur da la CIIS, suenter ch'il quorum è vegnì cuntanschì, e far la communicaziun correspundenta als chantuns da curvegna tenor l'artitgel 39;
- c) far la communicaziun a la CDAS tenor l'artitgel 40, sch'il quorum vegn sutpassà;
- d) approvar il preventiv ed il quint da la CIIS;
- e) determinar las regiuns tenor l'artitgel 12 alinea 3;
- f) refusar la recepciun d'ina instituziun u stritgar ina instituziun da la glista, sch'ella n'ademplescha betg las pretendiuns da la CIIS – quai sin dumonda da la conferenza svizra dals posts da contact da la CIIS;
- g) relaschar las suandantas directivas:
 - directivas per l'indemnisaziun da las prestaziuns tenor ils artitgels 20 e 21,
 - directivas per la procedura en il sector C tenor l'artitgel 30,
 - directivas generalas davart la qualitat tenor l'artitgel 33 alinea 2,
 - directivas per la calculaziun dals custs tenor l'artitgel 34 alinea 2;
- h) deliberar recumandaziuns;

- i) coordinar las purschidas tranter las regiuns ed evaluar periodicamain las purschidas cun las regiuns;
- k) prender tut las decisiuns che n'en betg chaussa d'in auter organ.

² La presidenta u il president da la conferenza svizra dals posts da contact da la CIIS sa participescha a las sesidas da la suprastanza da la CC, e quai cun vusch consultativa per las fatschentas da la CIIS.

2. POSTS DA CONTACT

Art. 10

Designaziun Mintga chantun da cunvegna designescha in post da contact.

Art. 11

Cumpetenza ¹ Ils posts da contact èn cumpetents per:

- a) procurar per la garanzia da surpigliar ils custs;
- b) surpigliar ed elavurar dumondas davart la garanzia da surpigliar ils custs e decider davart questas dumondas;
- c) coordinar l'infurmaziun e l'elavuraziun da fatschentas cun las administraziuns sco er cun las instituziuns e cun lur represchentanzas entaifer il chantun;
- d) barattar infurmaziuns ed elavurar fatschentas cun posts da contact d'auters chantuns da cunvegna;
- e) manar in register davart las garantias da surpigliar ils custs ch'èn vegnidas concedidas.

² Ils posts da contact sa participeschan a las sesidas da las conferenzas regiunalas.

3. CONFERENZAS REGIUNALAS

Art. 12

Reuniun ¹ Ils posts da contact s'uneschan a las suandantas quatter conferenzas regiunalas: Svizra romanda/Tessin, Svizra dal nordvest, Svizra centrala e Svizra orientala.

² Mintga post da contact appartegna ad ina conferenza regionala e po appartegnair ad ulteriuras conferenzas regiunalas cun vusch consultativa.

³ La suprastanza da la CC determinescha las regiuns.

Art. 13

Cumpetenza Las conferenzas regiunalas èn cumpetentas per:

- a) eleger duas represchentantas u dus represchentants sco commembras e sco commembers da la conferenza svizra dals posts da contact da la CIIS;

- b) coordinar las purschidas d'instituziuns tranter ils chantuns entaifer lur regiun;
- c) barattar infurmaziuns en il senn da l'artitgel 1 alinea 2 e trametter vinavant quellas a la conferenza svizra dals posts da contact da la CIIS;
- d) far propostas a la conferenza svizra dals posts da contact da la CIIS, en spezial areguard la recepziun d'ina instituziun u areguard la stritgada d'ina instituziun da la glista da las instituziuns.

4. CONFERENZA SVIZRA DALS POSTS DA CONTACT DA LA CIIS

Art. 14

La conferenza svizra dals posts da contact da la CIIS sa cumpona da mintgamai duas represchentantas u dus represchentants da las conferenzas regionalas. La secretaria u il secretari da la CDAS sa participescha a las tractativas cun vusch consultativa. Cumposiziun

Art. 15

La conferenza svizra dals posts da contact da la CIIS è cumpetenta per: Cumpetenza

- a) elavurar in rapport ed ina proposta davart las fatschentas da la supranza da la CC tenor l'artitgel 9 literas e fin h. Las propostas tenor l'artitgel 9 lettera f dastgan vegnir fatgas mo sin proposta d'ina conferenza regionala;
- b) barattar infurmaziuns en il senn da l'artitgel 1 alinea 2;
- c) instruir ils posts da contact.

5. CUMISSIUN DA REVISIUN DA QUINTS

Art. 16

La cumissiun da revisiun da quints da la CDAS reveda il quint annual da la CIIS e sutmetta ses rapport e sias propostas a la CC.

6. GESTIUN

Art. 17

¹ Il secretariat central da la CDAS maina las fatschentas da la CIIS, nun ch'ils chantuns sajan cumpetents en chausa. Secretariat

² El maina er il secretariat da la conferenza svizra dals posts da contact da la CIIS sco er – per regla – ils secretariats da gruppas spezializadas ad hoc.

³ stritgà

Art. 18

Custs

¹ Ils custs che resultan tras l'applicaziun da questa cunvegna vegnan surpigliads da la CC.

² Il secretariat central da la CDAS metta a quint quests custs als chantuns da cunvegna e procura per l'incassament.

III. Indemnisaziun da las prestaziuns e garanzia da surpigliar ils custs

1. PRINCIP

Art. 19

¹ Tras la garanzia da surpigliar ils custs garantescha il chantun da domicil a l'instituziun dal chantun da staziunament ch'el indemniseschia las prestaziuns a favur da la persuna pertutgada per la perioda respectiva.

² Ils posts e las persunas dal chantun da domicil, ch'èn obligads da pajar, ston indemnisar a l'instituziun dal chantun da staziunament las prestaziuns per il temp che questas prestaziuns han durà.

2. INDEMNISAZIUN DA LAS PRESTAZIUNS

Art. 20

Definiziun da l'indemnisaziun da las prestaziuns

¹ L'indemnisaziun da las prestaziuns vegn calculada sin basa da las expensas nettas imputablas, minus las contribuziuns federalas per la construcziun e per la gestiun. L'import restant vegn mess a quint a la persuna, e quai per unitad da calculaziun.

² Las expensas nettas imputablas resultan da las expensas imputablas, minus il retgav imputabel.

Art. 21

Definiziun da las expensas imputablas e dal retgav imputabel

¹ Sco expensas imputablas valan ils custs da personal ed ils custs materials ch'èn necessaris per la prestaziun, inclusiv ils custs da chapital e las amortisaziuns.

² Sco retgav imputabel valan las entradas dal sector da prestaziuns, inclusiv retgavs dal chapital ed assegnaziuns voluntaras, uschenavant che quellas èn destinadas al manaschi.

³ La suprastanza da la CC relascha ina directiva tar ils artitgels 20 e 21.

Art. 22

Contribuziuns da las persunas che han obligaziuns da mantegniment

¹ L'atezza da las contribuziuns da las persunas che han obligaziuns da mantegniment en il rom da la CIIS correspunda a la media da las expensas

quotidianas per la dunsena e per l'alloschi per ina persuna che viva en relaziuns simplas.

² Contribuziuns che na vegnan betg pajadas da las persunas che han obligaziuns da mantegniment pon vegnir messas a quint a l'agid social.

Art. 23

¹ Las prestaziuns pon vegnir indemnizadas tant tras la metoda D (cuvrida dal deficit) sco er tras la metoda P (pauschalas). Metoda

² Sch'i n'exista betg ina convegno tranter il chantun da staziunament e sia instituziun areguard la metoda P, vegn applitgada la metoda D.

³ Ils chantuns da convegno prendan en mira da midar da la metoda D a la metoda P. La suprastanza da la CC promova quest process en il rom da l'artitgel 1 alinea 2.

Art. 24

¹ Sco unitad da calculaziun vala il di chalendar.

Unitad da
calculaziun

^{1bis} Per prestaziuns da lavuratori tenor l'artitgel 2 alinea 1 sector B litera a valan las uras da lavur concluidas sco unitad da calculaziun.

^{1ter} Per prestaziuns da centers da di tenor l'artitgel 2 alinea 1 sector B vala il di da dimora sco unitad da calculaziun. La suprastanza da la CC relascha ina directiva davart la definiziun dal di da dimora.

^{1quater} Per prestaziuns che vegnan furnidas da scolas spezialas che sa chattan ordaifer l'instituziun sco er per prestaziuns d'instituziuns da scola speziala tenor l'artitgel 2 alinea 1 sector D literas b e c vala l'ura d'instrucziun, da terapia u da cussegliaziun sco unitad da calculaziun.

² Tar la metoda P poi vegnir divergià da las unitads da calculaziun tenor ils alineas 1, 1bis, 1ter ed 1quater.

Art. 25

¹ L'instituziun dal chantun da staziunament po metter a quint mensilmain ils custs als posts ed a las persunas ch'èn obligads da pagar. Ils quints ston vegnir pajads entaifer 30 dis suenter lur entrada. Incassament

² Sch'ils posts u sche las persunas, ch'èn obligads da pagar, na pagan betg ils quints entaifer il termin da pajament, admonescha l'instituziun en scrit. 10 dis suenter l'entrada da l'admoniziun cumenza in tschains da retard da 5 pertschient.

³ En cas da problems cun l'incassament gida il chantun da domicil.

3. GARANZIA DA SURPIGLIAR ILS CUSTS

Art. 26

¹ Il post da contact dal chantun da staziunament procura per la garanzia da surpigliar ils custs tar il post da contact dal chantun da domicil, e quai Andament

avant che la persuna vegn collocada en l'instituziun u avant ch'ella entra en l'instituziun.

² Sche la dumonda davart la garanzia da surpigliar ils custs na po – per motivs d'urgenza – betg vegnir fatga avant che la persuna vegn collocada en l'instituziun u avant ch'ella entra en l'instituziun, sto questa dumonda vegnir prendida suenter uschè svelt sco pussaivel.

Art. 27

Modalitads

¹ La garanzia da surpigliar ils custs po vegnir limitada e po vegnir cumbinata cun cundiziuns. En cas d'ina midada dal chantun da domicil procura il chantun da staziunament per ina nova garanzia da surpigliar ils custs.

² Garanzias illimitadas da surpigliar ils custs pon vegnir desditgas, observond in termin da 6 mais.

³ Dumondas davart la garanzia da surpigliar ils custs a favur da personas creschidas dovran il consentiment da questas personas.

4. REGLAS PER PERSONAS CRESCHIDAS CUN IMPEDIMENTS TENOR IL SECTUR B

Art. 28

Participaziun als custs; princips

¹ En divergenza parziala dal chapitel III (indemnisaziun da las prestaziuns e garanzia da surpigliar ils custs) valan las suandantas reglas per personas creschidas cun impediments tenor l'artitgel 2 alinea 1 sectur B literas b e c.

² La persuna creschida cun impediments en instituziuns tenor l'artitgel 2 alinea 1 sectur B literas b e c surpiglia – tras sias entradas u tras parts da sia facultad – parzialmain u cumplettaimain ils custs da l'indemnisaziun da las prestaziuns.

³ La participaziun als custs vegn calculada tenor las reglas che valan en il chantun da domicil.

Art. 29

Participaziun als custs ed indemnisaziun da las prestaziuns

¹ La participaziun als custs vegn incassada da l'instituziun tar la persuna pertutgada u tar sia represchentanza legala sin basa da la garanzia da surpigliar ils custs ch'è vegnida concedida dal chantun da domicil.

² Sch'i resta in import betg cuvri suenter la deducziun da la participaziun als custs, indemnescha il chantun da domicil quest import a l'instituziun.

5. REGLAS PER IL SECTUR C

Art. 30

Per la procedura en il sector C po la suprastanza da la CC relaschar ina directiva speziala.

IV. Instituziuns

1. GLISTA DA LAS INSTITUZIONI

Art. 31

¹ Il chantun da staziunament designescha las instituziuns che sa chattan en sia cumpetenza e ch'el vul suttametter a la CIIS, las attribuescha als secturs correspundents en il senn da l'artitgel 2 alinea 1, designescha la metoda che l'instituziun applitgescha tenor l'artitgel 23 per indemnisar las prestaziuns e communitgescha questas indicaziuns al secretariat central da la CDAS.

Designaziun da las instituziuns

² Sche tschertas partiziuns d'ina instituziun na fan betg part da la CIIS, designescha il chantun da staziunament expressivamain quellas partiziuns, per las qualas la CIIS duai vegnir applitgada.

Art. 32

¹ Il secretariat central da la CDAS maina ina glista da las instituziuns respectivamain da quellas partiziuns ch'èn suttamessas a la CIIS. El maina questa glista conform als secturs tenor l'artitgel 2 alinea 1 sco er conform a las metodos da l'indemnissaziun da las prestaziuns tenor l'artitgel 23 CIIS.

Glista

² Ils posts da contact communitgeschan immediatamain tut las mutaziuns al secretariat central da la CDAS, che actualisescha permanentamain la glista.

2. QUALITAD E GESTIUN ECONOMICA

Art. 33

¹ Ils chantuns da staziunament garanteschon che las instituziuns ch'èn suttamessas a la CIIS vegnian manadas en moda irreproschabla tant areguard la terapia, areguard la pedagogia sco er areguard la gestiun economica.

² La suprastanza da la CC relascha directivas generalas davart las pretensiuns da qualitat.

3. CALCULAZIUN DALS CUSTS

Art. 34

¹ Ils chantuns da staziunament procuran che las instituziuns che als èn suttamessas mainian ina calculaziun dals custs.

² La suprastanza da la CC relascha directivas davart la calculaziun dals custs.

V. Protecziun giuridica e regulaziun da dispitas**Art. 35**

Regulaziun
da dispitas

Ils chantuns ed ils organs sa stentan da reglar – tras tractativas u tras intermediaziuns – las dispitas che resultan da la CIIS. Per quest intent observan els las prescripziuns da la regulaziun da dispitas tenor ils artitgels 31 ss. da la cunvegna da basa per la collavuraziun interchantunala cun gulfivaziun da las grevazzas (cunvegna da basa, CBI) dals 24 da zercladur 2005.

Art. 35bis

Sedia

La sedia da la CIIS sa chatta al lieu dal secretariat central da la CDAS.

Art. 35ter

Dretg applitgabel

Valair vala il dretg dal chantun da sedia.

VI. Disposiziuns finalas e transitoricas

1. PARTICIPAZIUN A LA CIIS

Art. 36

Participaziun

¹ La suprastanza da la CDAS deliberescha la CIIS per la participaziun e realisescha la procedura da participaziun.

² Sa participar pon ils chantuns da la Svizra sco er il principadi da Liechtenstein.

Art. 37

Procedura

¹ La participaziun a la CIIS po vegnir declerada per il cumenzament da mintga quartal.

² La decleraziun da participaziun sto arrivar en scrit tar il secretariat central da la CDAS per mauns da la suprastanza da la CC, e quai almain 30 dis avant il termin da participaziun.

³ En la decleraziun da participaziun vegnan inditgads ils secturs tenor l'artitgel 2, als quals il chantun vul sa participar.

⁴ La decleraziun da participaziun è mo valaivla, sche la commembranza tar la CIC vegn desditga per ils secturs A e B.

2. DESDITGA DA LA CIIS

Art. 38

¹ La desditga da la CIIS sto vegnir inoltrada en scrit al secretariat central da la CDAS per mauns da la suprastanza da la CC.

² L'extrada daventa valaivla a la fin da l'onn chalendar che suonda l'onn che la desditga è vegnida inoltrada.

³ La brev da desditga inditgescha il sector u ils secturs pertutgads.

⁴ Las garanzias da surpigliar ils custs ch'en vegnidas concedidas avant la desditga restan en vigur.

3. ENTRADA EN VIGUR DA LA CIIS

Art. 39

¹ Uschespert che mintgamai almain dus chantuns d'almain trais regiuns èn sa participads ad almain dus secturs, nominescha la CDAS ils organs. La suprastanza da la CC fixescha alura il termin da l'entrada en vigur da la CIIS ed infurmescha ils chantuns ed il principadi da Liechtenstein.

Entrada en vigur
da la CIIS dals
13 da december
2002

² La CIIS sto vegnir messa en vigur il pli tard 12 mais, suenter ch'il quorum è vegni cuntanschi.

Art. 39^{bis}

¹ A partir da sia entrada en vigur è la revisiun parziala dals 23 da november 2018 applitgabla per tut ils plazzaments existents u per tut ils plazzaments novs.

Entrada en vigur
da la revisiun
parziala dals
23 da november
2018

² Ella entra en vigur il pli tard 12 mais suenter che almain 18 chantuns èn sa participads.

³ La suprastanza da la CC fixescha la data da l'entrada en vigur.

4. ABOLIZIUN DA LA CIIS

Art. 40

¹ Uschespert ch'il quorum tenor l'artitgel 39 alinea 1 vegn sutpassà, sto la CIIS vegnir abolida.

² La suprastanza da la CC communitescha a la CDAS ch'il quorum saja vegni sutpassà. La CDAS fixescha il termin per l'aboliziun e communitescha quest termin als chantuns ed al principadi da Liechtenstein.

³ In eventual gudogn da liquidaziun sto vegnir pajà a la CDAS.

Art. 41

Garanzias da
surpigliar ils custs

Las garanzias da surpigliar ils custs ch'èn vegnidas concedidas avant l'aboliziun da la CIIS restan en vigur.

V. REGULAZIUNS TRANSITORICAS PER LA CIC/CIIS**Art. 42**

Garanzias per ils
custs; garanzias
da surpigliar ils
custs

¹ Las garanzias existentas per ils custs, ch'èn vegnidas concedidas sin basa da la CIC, restan en vigur per ils chantuns da cunvegna sco garanzias da surpigliar ils custs. L'artitgel 27 alinea 2 vala analogamain.

² Per garanzias existentas da surpigliar ils custs, tar las qualas l'indemnisaziun da las prestaziuns vegn midada pervia da l'aboliziun da las contribuziuns da la AI, ston vegnir inoltradas fin ils 31 da mars 2008 novas dumondas al chantun da domicil. Quai vala er per prestaziuns, per las qualas i n'èn anc vegnidas prestadas naginas garanzias da surpigliar ils custs fin ils 31 da december 2007, premiss che la calculaziun da l'indemnisaziun da las prestaziuns sa midia.

Art. 43

Glista

¹ La glista da las chasas da dimora e da las instituziuns tenor l'artitgel 8 CIC vegn transferida per ils chantuns participants sin la glista da las instituziuns tenor ils artitgels 31 e 32 CIIS.

² Entaifer 6 mais suenter lur participaziun inoltreschan ils chantuns da cunvegna al secretariat da la CDAS la glista da lur instituziuns ch'els han adattà e rectificà tenor ils artitgels 2 e 23.

Agiunta 1 da la CIIS

Entrada en vigur da la CIIS

A) CONFERMA CHE LAS PREMISSAS PER METTER EN VIGUR LA CIIS SAJAN ADEMPOLIDAS

A chaschun da sia sesida dals 28 da schaner 2005 ha la suprastanza da la CDAS prendi enconuschientscha dal fatg ch'il quorum vegn cuntanschi il 1. da schaner 2006, uschia che la CIIS po vegnir messa en vigur per il 1. da schaner 2006. Ella approvescha l'ulteriur proceder tenor il plan spezial dal secretariat central da la CDAS.

Nus confermain che las premissas per metter en vigur la CIIS tenor l'artitgel 39 èn ademplidas e ch'ils organs pon vegnir nominads.

Uschespert ch'ils organs èn constituids, fixescha la suprastanza da la conferenza da la convegno (CC) il termin da l'entrada en vigur da la CIIS ed infurmescha ils chantuns ed il principadi da Liechtenstein.

Berna, ils 28 da schaner 2005	La presidenta da la CDAS <i>sig. R. Lüthi</i> dr. Ruth Lüthi, cussegliera guvernativa	Il secretari central da la CDAS <i>sig. E. Zürcher</i> Ernst Zürcher
-------------------------------	---	---

B) APPROVAZIUN DA L'ENTRADA EN VIGUR DA LA CIIS TRAS LA SUPRASTANZA DA LA CC

A chaschun da sia sesida dals 22 da settember 2005 ha la suprastanza da la CC fixà che la CIIS entria en vigur il 1. da schaner 2006.

Pia entra la CIIS en vigur il 1. da schaner 2006.

Berna, ils 22 da settember 2005 **Suprastanza da la conferenza da la CIIS**

La presidenta
sig. K. Hilber

Kathrin Hilber, cussegliera
guvernativa

C) ENTRADA EN VIGUR DA LAS ADATTAZIUNS CH'ÈN
VEGNIDAS CONCLUDIDAS ILS 14 DA SETTEMBER
2007

A chaschun da sia sesida dals 14 da settember 2007 a Losanna ha la conferenza da la cunvegna approvà las adattaziuns da la CIIS a la NGF, e decidi da las metter en vigur il 1. da schaner 2008.

Pia entran las adattaziuns da la CIIS en vigur il 1. da schaner 2008.

Berna, ils 14 da
settember 2007

**La presidenta da la
conferenza da la CIIS**

sig. Kathrin Hilber

Kathrin Hilber,
cussegliera guvernativa

**La secretaria generala
da la CDAS**

*sig. Margrith
Hanselmann*

Margrith Hanselmann

Agiunta 2 da la CIIS

Scursanidas

CDEP	conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica
CDS	conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da sanadad (pli baud numnads directurs da sanitad)
LIPInv	lescha federala dals 6 d'october 2006 davart las instituziuns per promover l'integraziun da persunas invalidas
OLIM	cunvegna interchantunala davart las chasas da dimora
CBI	cunvegna da basa dals 24 da zercladur 2005 per la collavuraziun interchantunala cun gulivaziun da las grevezzas
CIIS	cunvegna interchantunala davart las instituziuns socialas
CDCGP	conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da giustia e polizia
NGF	refurma da la gulivaziun da finanzas e da la repartiziun da las incumbensas
CPC CIIS	conferenza svizra dals posts da contact da la CIIS
CDAS	conferenza da las directuras e dals directurs chantunals dals affars socials
CC	conferenza da la cunvegna

Agiunta 3 da la CIIS

Glista dals chantuns da cunvegna cun ils secturs, als quals ils chantuns èn sa participads (tenor la successiun dals conclus)

Stadi dal 1. da schaner 2015

Chantun:	Conclus dals:	Participaziun ils:	Secturs:
BS	20-05-2003	01-01-2006	A, B, D
AG	04-11-2003	01-01-2006	A, D
BE	10-12-2003	01-01-2006	A, B, C, D
UR	16-12-2003	01-01-2006	A, B
GL	14-01-2004	01-01-2006	A, B, D
FR	10-02-2004	01-01-2006	A, B, C, D
BL	23-03-2004	01-01-2006	A, B, D
SO	24-08-2004	01-01-2006	A, B, C, D
LU	07-09-2004	01-01-2006	A, B, C, D
OW	19-10-2004	01-01-2006	A, B, D
SZ	07-12-2004	01-01-2006	A, B, D
NE	22-12-2004	01-01-2006	A, B, C, D
VD	19-01-2005	01-01-2006	A, B, C, D
TI	05-04-2005	01-01-2006	A, B, C, D
UR	31-05-2005	01-01-2006	D
VS	22-06-2005	01-01-2006	A, B, C, D
SG	16-08-2005	01-01-2006	A, B
NW	18-10-2005	01-01-2006	A, B, D
JU	26-10-2005	01-01-2006	A, B, C, D
FL	02-12-2005	01-01-2006	B
SZ	20-09-2006	01-01-2007	C
AI	26-09-2006	01-01-2007	A, B

Chantun:	Conclus dals:	Participaziun ils:	Secturs:
ZG	24-10-2006	01-01-2007	A, B, C, D
AG	08-11-2006	01-01-2007	B
SG	13-02-2007	01-01-2008	D
TG	20-08-2007	01-01-2008	A, B, D
SH	17-09-2007	01-01-2008	B, C
AR	29-10-2007	01-01-2008	A, B, C, D
ZH	14-11-2007	01-01-2008	A, B, C, D
GE	20-11-2007	01-01-2008	A, B, C, D
GR	22-10-2008	01-04-2009	A, B, C, D
SH	27-10-2008	01-01-2009	A, D
BS	10-03-2009	01-07-2009	C
FL	10-11-2009	01-01-2010	A, D
SG	08-10-2013	01-01-2015	C
NW	26-11-2014	01-01-2015	C

Agiunta 4 da la CIIS**Ratificaziun da las adattaziuns da la CIIS a la NGF che entran en vigur il 1. da schaner 2008**

Tut ils chantuns sco er il principadi da Liechtenstein han ratifitgà la CIIS adattada a la NGF ch'è entrada en vigur il 1. da schaner 2008 (en la successiun cronologica dals conclus):

Chantun:	Conclus dals:
BL	06-11-2007
AG	07-11-2007
ZH	14-11-2007
AR	11-12-2007
AI	01-01-2008
SO	01-01-2008
FL	01-01-2008
TI	01-01-2008
SH	08-01-2008
OW	15-01-2008
UR	22-01-2008
GL	23-01-2008
NE	06-02-2008
VD	20-02-2008
NW	26-02-2008
TG	15-04-2008
LU	06-05-2008
VS	07-05-2008
SZ	01-07-2008
GR	22-10-2008
ZG	16-12-2008

Chantun: Conclus dals:

BS	10-03-2009
BE	25-03-2009
SG	26-01-2010
GE	15-05-2010
FR	10-12-2010
JU	23-03-2011

Adesione del Cantone dei Grigioni alla Convenzione intercantionale per le istituzioni sociali (CIIS)

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 2 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

La decisione del 22 ottobre 2008 concernente l'adesione del Cantone dei Grigioni alla Convenzione intercantionale per le istituzioni sociali (CIIS) è modificata come segue:

Numero 1a

Il Cantone dei Grigioni approva la revisione parziale del 23 novembre 2018 della Convenzione intercantionale per le istituzioni sociali (CIIS) del 13 dicembre 2002.

II.

La presente decisione è soggetta a referendum facoltativo.

Convenzione intercantonale per le istituzioni sociali (CIIS)

del 13 dicembre 2002 (stato ...)

Preambolo

Considerato

- che le istituzioni sociali devono essere accessibili a bambini, adolescenti e adulti domiciliati in un altro Cantone,
- che l'offerta necessaria può funzionare solo se l'assunzione delle spese tra i Cantoni è assicurata sulla base di metodi di calcolo unitari,
- che si deve mirare a una stretta collaborazione intercantonale nell'ambito delle istituzioni sociali,

su proposta della Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali (CDOS), d'accordo con la Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDCGP) e la Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità (CDS), i Cantoni convengono quanto segue:

I. Basi

1. SCOPO

Art. 1

¹ La Convenzione ha lo scopo di rendere possibile senza difficoltà il soggiorno di persone con bisogni specifici nell'ambito dell'assistenza e della promozione in strutture adatte fuori dal loro Cantone di domicilio.

² I Cantoni firmatari collaborano in tutti gli ambiti della CIIS. Essi si scambiano in particolare informazioni su provvedimenti, esperienze, nonché risultati, armonizzano le loro offerte di strutture e ne promuovono la qualità.

2. CAMPO D'APPLICAZIONE

Art. 2

¹ La CIIS si riferisce a strutture dei seguenti settori:

Settori

- A Istituzioni stazionarie che, in virtù del diritto federale o cantonale, ospitano persone fino ai 20 anni compiuti, tuttavia al massimo fino

alla conclusione di una prima formazione, se sono entrate o sono state collocate in un'istituzione prima del raggiungimento della maggiore età.

In caso di misure secondo la legge federale sul diritto penale minorile, il limite di età è fissato al compimento del 25° anno d'età, indipendentemente dall'età di entrata.

B Strutture per adulti invalidi o unità di tali strutture conformemente alla legge federale sulle istituzioni che promuovono l'integrazione degli invalidi (LIPIn)¹⁾:

- a) i laboratori che occupano in permanenza nei loro locali o in posti di lavoro decentralizzati invalidi i quali, in condizioni ordinarie, non potrebbero esercitare un'attività lucrativa;
- b) case e altre forme di alloggio collettivo destinate agli invalidi;
- c) centri diurni in cui gli invalidi possono incontrarsi e partecipare a programmi di occupazione e a programmi per il tempo libero. Sono equiparate le unità di una struttura che forniscono le stesse prestazioni delle strutture secondo le lettere a) - c).

C Offerte stazionarie di terapia e riabilitazione nel settore delle dipendenze.

D Strutture di scuola speciale in forma di esternato:

- a) scuole speciali per l'insegnamento, la consulenza e il sostegno, inclusa l'istruzione scolastica speciale integrativa, nonché per l'assistenza diurna, se questa prestazione viene fornita dalla struttura;
- b) servizi di educazione prescolare per bambini portatori di handicap e per bambini a rischio di handicap;
- c) servizi pedagogico-terapeutici di logopedia o terapia psicomotoria, se queste prestazioni non figurano nell'offerta della scuola regolare.

² Fatti salvi gli articoli 6 e 8 della CIIS, la Conferenza della Convenzione (CC) può estendere la Convenzione ad altri settori delle istituzioni sociali.

³ I Cantoni possono aderire a singoli settori, a più settori o a tutti i settori.

Art. 3

Eccezioni

¹ Strutture subordinate a un concordato sull'esecuzione delle pene e delle misure non rientrano nel campo d'applicazione della presente Convenzione.

² Strutture per anziani, nonché strutture con una direzione medica non rientrano nel campo d'applicazione della presente Convenzione.

³ Unità di strutture conformemente al capoverso 2 con una propria contabilità e direzione possono anch'esse essere assoggettate alla CIIS, se ne soddisfano le condizioni.

¹⁾ RS 831.26

⁴ Le strutture sono escluse dal campo d'applicazione della presente Convenzione per le prestazioni che forniscono in vista dell'inserimento professionale ai sensi delle disposizioni della legge federale sull'assicurazione per l'invalidità ¹⁾.

3. TERMINI

Art. 4

Nel quadro della CIIS, i seguenti termini vengono impiegati in base alle seguenti definizioni:

- a) Conferenza della Convenzione (CC)
L'assemblea di tutti i membri della CDOS il cui Cantone ha aderito alla CIIS costituisce la CC.
- b) Comitato della CC
Il Comitato della CC corrisponde ai membri del comitato CDOS, se il loro Cantone ha aderito alla CIIS.
- c) Cantone firmatario
Il Cantone firmatario è il Cantone che ha aderito almeno a un settore della CIIS.
- d) Cantone di domicilio
Il Cantone di domicilio è il Cantone in cui la persona che fa capo alle prestazioni ha il suo domicilio civile.
- e) Cantone di ubicazione
Il Cantone di ubicazione è il Cantone in cui è ubicata la struttura. Se il controllo imprenditoriale e finanziario della struttura viene esercitato in un altro Cantone, è possibile definire quest'ultimo quale Cantone di ubicazione.
- f) Struttura
La struttura, quale persona giuridica o fisica, fornisce prestazioni in un settore conformemente all'articolo 2 capoverso 1.
- g) Direttiva
La direttiva rappresenta una norma secondaria vincolante della CIIS. Essa viene emanata dal Comitato della CC.

4. PRESA DI DOMICILIO A POSTERIORI E SOGGIORNO

Art. 5

¹ La permanenza in una struttura conformemente all'articolo 2 capoverso 1 settore B lettera b) non comporta alcuna modifica nella competenza attuale per la garanzia di assunzione delle spese. Competenza particolare

¹⁾ RS 831.20

^{1bis} Se con la permanenza o durante la permanenza in una struttura conformemente all'articolo 2 capoverso 1 settore A una persona costituisce il proprio domicilio civile presso la struttura, per la garanzia di assunzione delle spese è competente il Cantone dell'ultimo domicilio civile derivato dai genitori a o da uno dei genitori.

² La garanzia di assunzione delle spese per il rimborso di prestazioni dell'istruzione scolastica speciale in esternato deve essere fornita dal Cantone in cui soggiorna l'allievo.

II. Organizzazione

1. COSTITUZIONE DELLA CIIS, ESECUZIONE, ORGANI

Art. 6

Esecuzione

¹ La CDOS è la Conferenza responsabile fino a che non sono nominati gli organi.

² La CC garantisce l'esecuzione della CIIS.

³ Essa collabora con le altre conferenze dei direttori competenti nel settore delle istituzioni sociali e con la Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali delle finanze. Le altre conferenze dei direttori competenti sono:

- la Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della pubblica educazione (CDPE)
- la Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDCGP)
- la Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità (CDS)

⁴ La CC consulta la CDPE, la CDCGP e la CDS in merito alle decisioni che sono chiamate a prendere in virtù degli articoli 8 lettera a) e 9 lettere g) e h) della CIIS.

Art. 7

Organi

¹ Sono organi della CIIS:

- a) la CC
- b) il Comitato della CC
- c) la Conferenza svizzera degli uffici di collegamento CIIS
- d) le conferenze regionali
- e) la Commissione di revisione dei conti

² Nomine e votazioni:

- a) Per essere valide, le decisioni e le nomine richiedono la presenza della metà dei membri aventi diritto di voto previsti dalla CIIS per sedere negli organi, fatto salvo l'articolo 8 lettera a).
- b) In caso di votazioni decide la maggioranza dei voti validi espressi. In caso di parità di voti decide il presidente.
- c) In caso di nomine fa stato la maggioranza assoluta dei voti validi espressi. In caso di parità di voti si decide tramite sorteggio.

³ La CC emana un regolamento sulla costituzione e sull'attività degli organi.

Art. 8

La CC è competente per:

CC

- a) L'estensione della CIIS ad altri settori delle istituzioni sociali conformemente all'articolo 2 capoverso 2. Per essere valide, le decisioni richiedono una maggioranza di due terzi.
- b) L'emanazione di un regolamento sulla costituzione e sull'attività degli organi conformemente all'articolo 7 capoverso 3.

Art. 9

¹ Il Comitato della CC è competente per:

Comitato della
CC

- a) Lo svolgimento della procedura di adesione conformemente all'articolo 37.
- b) La determinazione del momento dell'entrata in vigore della CIIS dopo il raggiungimento del quorum, nonché la relativa comunicazione ai Cantoni firmatari conformemente all'articolo 39.
- c) La comunicazione alla CDOS in caso di raggiungimento del quorum conformemente all'articolo 40.
- d) L'approvazione del preventivo e della contabilità della CIIS.
- e) La determinazione delle regioni conformemente all'articolo 12 capoverso 3.
- f) Il rifiuto dell'ammissione o la cancellazione di una struttura dall'elenco in caso di mancato rispetto dei requisiti della CIIS, su proposta della Conferenza svizzera degli uffici di collegamento CIIS.
- g) L'emanazione delle seguenti direttive:
 - sull'indennizzo delle prestazioni conformemente agli articoli 20 e 21
 - sulla procedura nel settore C conformemente all'articolo 30
 - direttive quadro sulla qualità conformemente all'articolo 33 capoverso 2
 - sul calcolo delle spese conformemente all'articolo 34 capoverso 2
- h) L'emanazione di raccomandazioni.
- i) L'armonizzazione delle offerte tra le regioni e la loro valutazione periodica con queste ultime.

k) Tutte le decisioni che non rientrano nella competenza di un altro organo.

² Il presidente della Conferenza svizzera degli uffici di collegamento CIIS partecipa alle sedute del Comitato della CC per affari della CIIS con voto consultivo.

2. UFFICI DI COLLEGAMENTO

Art. 10

Designazione Ogni Cantone firmatario designa un ufficio di collegamento.

Art. 11

Competenza ¹ Gli uffici di collegamento sono competenti per:

- a) richiedere la garanzia di assunzione delle spese;
- b) ricevere e trattare domande di garanzia di assunzione delle spese e decidere in merito;
- c) coordinare l'informazione e gestire gli affari con amministrazioni, nonché con le strutture e le loro rappresentanze all'interno del Cantone;
- d) scambiare le informazioni e gestire gli affari con gli uffici di collegamento di altri Cantoni firmatari;
- e) tenere un registro con le garanzie di assunzione delle spese concesse.

² Gli uffici di collegamento partecipano alle sedute delle conferenze regionali.

3. CONFERENZE REGIONALI

Art. 12

Unione ¹ Gli uffici di collegamento si uniscono a formare le quattro conferenze regionali Svizzera romanda/Ticino, Svizzera nord-occidentale, Svizzera centrale e Svizzera orientale.

² Ogni ufficio di collegamento appartiene a una delle conferenze regionali. Esso può far parte anche di altre conferenze regionali con voto consultivo.

³ Il Comitato della CC determina le regioni.

Art. 13

Competenza Le conferenze regionali sono competenti per:

- a) La nomina di due rappresentanti quali membri della Conferenza svizzera degli uffici di collegamento CIIS.
- b) L'armonizzazione delle offerte di strutture tra i Cantoni all'interno della regione.

- c) Lo scambio di informazioni ai sensi dell'articolo 1 capoverso 2 e il loro inoltro alla Conferenza svizzera degli uffici di collegamento CIIS.
- d) La formulazione di proposte alla Conferenza svizzera degli uffici di collegamento CIIS, in particolare in relazione all'ammissione o alla cancellazione di una struttura dall'elenco delle strutture.

4. CONFERENZA SVIZZERA DEGLI UFFICI DI COLLEGAMENTO CIIS

Art. 14

La Conferenza svizzera degli uffici di collegamento CIIS è composta da due rappresentanti ciascuno delle conferenze regionali. Il segretario della CDOS partecipa alle trattative con voto consultivo. Composizione

Art. 15

La Conferenza svizzera degli uffici di collegamento CIIS è responsabile per: Competenza

- a) L'elaborazione di un rapporto e di una proposta in merito agli affari del Comitato della CC conformemente all'articolo 9 lettere e) – h). Le proposte conformemente all'articolo 9 lettera f) possono avvenire unicamente su proposta di una conferenza regionale.
- b) Lo scambio di informazioni ai sensi dell'articolo 1 capoverso 2.
- c) L'istruzione degli uffici di collegamento.

5. COMMISSIONE DI REVISIONE DEI CONTI

Art. 16

La Commissione di revisione dei conti della CDOS rivede il conto annuale della CIIS e presenta il suo rapporto e la sua proposta alla CC.

6. GESTIONE

Art. 17

¹ Il segretariato centrale della Conferenza dei direttori cantionali delle opere sociali gestisce gli affari della CIIS qualora la competenza non spetti ai Cantoni. Segretariato

² Esso si occupa anche del segretariato della Conferenza svizzera degli uffici di collegamento CIIS, nonché di norma anche di quello dei gruppi specializzati ad hoc.

³ Abrogato

Art. 18

Spese

¹ Le spese generate dall'applicazione della presente Convenzione sono a carico della CC.

² Il segretariato centrale della Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali fattura le proprie prestazioni ai Cantoni firmatari e si occupa dell'incasso.

III. Indennizzo delle prestazioni e garanzia di assunzione delle spese

1. PRINCIPIO

Art. 19

¹ Con la garanzia di assunzione delle spese, il Cantone di domicilio assicura alla struttura del Cantone di ubicazione l'indennizzo delle prestazioni fornite a favore della persona nel periodo in questione.

² I servizi e le persone del Cantone di domicilio tenuti a pagare, devono alle strutture del Cantone di ubicazione l'indennizzo delle prestazioni per la durata delle stesse.

2. INDENNIZZO DELLE PRESTAZIONI

Art. 20

Definizione di indennizzo delle prestazioni

¹ L'indennizzo delle prestazioni si calcola dalla spesa netta computabile meno i sussidi edilizi e d'esercizio della Confederazione. L'importo rimanente viene diviso per persona e unità di computo.

² La spesa netta computabile risulta dalla spesa computabile meno il ricavo computabile.

Art. 21

Definizione di spesa e ricavo computabili

¹ Vengono definite spese computabili le spese per il personale e per il materiale, inclusi costi del capitale e ammortamenti, necessari per la prestazione.

² Vengono definiti ricavi computabili le entrate dal settore delle prestazioni, inclusi i redditi del capitale, nonché elargizioni, se sono destinati all'esercizio.

³ Il Comitato della CC emana una direttiva in merito agli articoli 20 e 21.

Art. 22

Contributi delle persone tenute al mantenimento

¹ L'ammontare dei contributi delle persone tenute al mantenimento nel quadro della CIIS corrisponde alla spesa giornaliera media per vitto e alloggio di una persona che vive in condizioni modeste.

² I contributi non prestati dalle persone tenute al mantenimento possono venire addebitati all'assistenza sociale.

Art. 23

¹ L'indennizzo per le prestazioni può avvenire sia con il metodo D Metodo (copertura del disavanzo), che con il metodo F (forfetarie).

² Se tra il Cantone di ubicazione e la sua struttura non vi è un accordo relativo al metodo F, trova applicazione il metodo D.

³ I Cantoni firmatari mirano a un passaggio dal metodo D al metodo F. Il Comitato della CC promuove questo processo nel quadro dell'articolo 1 capoverso 2.

Art. 24

¹ Quale unità di computo vale il giorno di calendario.

Unità di computo

^{1 bis} Per prestazioni di laboratori conformemente all'articolo 2 capoverso 1 settore B lettera a), quale unità di computo valgono le ore di lavoro patuite.

^{1 ter} Per le prestazioni di centri diurni conformemente all'articolo 2 capoverso 1 settore B, quale unità di computo vale il giorno di permanenza. Il Comitato della CC emana una direttiva in merito alla definizione del giorno di permanenza.

^{1 quater} Per le prestazioni fornite da scuole speciali al di fuori della struttura, nonché per le prestazioni di strutture di scuola speciale conformemente all'articolo 2 capoverso 1 settore D lettere b) e c), quale unità di computo vale l'ora di istruzione, terapia o consulenza.

² Se si utilizza il metodo F è possibile non ricorrere alle unità di computo conformemente ai capoversi 1, 1bis, 1ter e 1quater.

Art. 25

¹ La struttura del Cantone di ubicazione può presentare mensilmente le fatture ai servizi e alle persone tenuti a pagare. Le fatture devono essere Incasso pagate entro 30 giorni dalla ricezione.

² Se dopo la scadenza del termine non è ancora pervenuto il pagamento della persona tenuta a pagare, la struttura invia un sollecito di pagamento scritto. 10 giorni dopo la ricezione del sollecito inizia a decorrere un interesse di mora del 5 per cento.

³ Il Cantone di domicilio offre il suo aiuto in caso di problemi con l'incasso.

3. GARANZIA DI ASSUNZIONE DELLE SPESE

Art. 26

Procedura

¹ Prima del collocamento o dell'entrata della persona nella struttura, l'ufficio di collegamento del Cantone di ubicazione chiede una garanzia di assunzione delle spese all'ufficio di collegamento del Cantone di domicilio.

² Se in caso di urgenza la domanda di garanzia di assunzione delle spese non può essere presentata prima del collocamento o dell'entrata della persona nella struttura, essa deve essere recuperata il prima possibile.

Art. 27

Modalità

¹ La garanzia di assunzione delle spese può essere a termine e vincolata a condizioni. In caso di cambiamento del Cantone di domicilio, il Cantone di ubicazione chiede una nuova garanzia di assunzione delle spese.

² Le garanzie di assunzione delle spese illimitate possono essere disdette con un termine di 6 mesi.

³ Le domande di garanzia di assunzione delle spese a favore di persone adulte necessitano del consenso di queste ultime.

4. REGOLE PER PERSONE ADULTE PORTATRICI DI HANDICAP SECONDO IL SETTORE B

Art. 28Partecipazione
alle spese,
principi

¹ In parziale deroga al capitolo III (indennizzo delle prestazioni e garanzia di assunzione delle spese), per persone adulte invalide conformemente all'articolo 2 capoverso 1 settore B lettere b) e c) valgono le seguenti regole.

² La persona adulta invalida collocata in strutture conformemente all'articolo 2 capoverso 1 settore B lettere b) e c) si assume le spese dell'indennizzo delle prestazioni ricorrendo parzialmente o interamente al suo reddito e a quote della sostanza.

³ Il calcolo della partecipazione alle spese avviene secondo le regole vigenti nel Cantone di domicilio.

Art. 29Partecipazione
alle spese e
indennizzo delle
prestazioni

¹ La struttura chiede la partecipazione alle spese alla persona o al suo rappresentante legale, sulla base della garanzia di assunzione delle spese del Cantone di domicilio.

² Se dopo la deduzione della partecipazione alle spese dall'indennizzo delle prestazioni rimane un importo scoperto, questo viene indennizzato alla struttura dal Cantone di domicilio.

5. REGOLE PER IL SETTORE C

Art. 30

Per la procedura nel settore C il Comitato della CC può emanare una direttiva speciale.

IV. Strutture

1. ELENCO DELLE STRUTTURE

Art. 31

¹ Il Cantone di ubicazione designa le strutture per le quali è competente e che intende assoggettare alla CIIS, le attribuisce ai relativi settori ai sensi dell'articolo 2 capoverso 1, definisce il metodo di indennizzo delle prestazioni applicato dalla struttura conformemente all'articolo 23 e comunica questi dati al segretariato centrale della CDOS.

Designazione
delle strutture

² Se non tutti i reparti di una struttura rientrano nella CIIS, il Cantone di ubicazione designa esplicitamente i reparti per i quali troverà applicazione la CIIS.

Art. 32

¹ Il segretariato centrale della CDOS tiene un elenco delle strutture, rispettivamente dei reparti assoggettati alla CIIS. Esso tiene un elenco per settori conformemente all'articolo 2 capoverso 1, nonché per metodo d'indennizzo delle prestazioni conformemente all'articolo 23 della CIIS.

Elenco

² Gli uffici di collegamento notificano immediatamente tutti i cambiamenti al segretariato centrale della CDOS, il quale aggiorna costantemente l'elenco.

2. QUALITÀ ED ECONOMICITÀ

Art. 33

¹ Nelle strutture assoggettate alla presente Convenzione, i Cantoni di ubicazione assicurano un'attività impeccabile dal punto di vista terapeutico, pedagogico ed economico.

² Il Comitato della CC emana delle direttive quadro in merito ai requisiti di qualità.

3. CONTABILITÀ ANALITICA

Art. 34

¹ I Cantoni di ubicazione provvedono a che le strutture a loro subordinate tengano una contabilità analitica.

² Il Comitato della CC emana direttive in merito alla contabilità analitica.

V. Protezione giuridica e risoluzione delle controversie

Art. 35

Risoluzione delle
controversie

I Cantoni e gli organi si adoperano per risolvere mediante negoziazione o conciliazione tutte le controversie che dovessero scaturire dalla CIIS. Per fare questo, essi seguono le disposizioni relative alla composizione delle contestazioni conformemente agli articoli 31 e segg. della Convenzione quadro per la collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri (Convenzione quadro intercantonale, CQI) del 24 giugno 2005.

Art. 35bis

Sede

La sede della CIIS si trova presso la sede del segretariato contrale della CDOS.

Art. 35ter

Diritto
applicabile

Fa stato il diritto del Cantone di sede.

VI. Disposizioni finali e transitorie

1. ADESIONE ALLA CIIS

Art. 36

Adesione

¹ Il Comitato della CDOS dà il via libera all'adesione alla presente Convenzione e si occupa della procedura di adesione.

² Possono aderire i Cantoni svizzeri, nonché il Principato del Liechtenstein.

Art. 37

Procedura

¹ L'adesione alla presente Convenzione può essere dichiarata per l'inizio di ogni trimestre.

² La dichiarazione di adesione scritta deve pervenire al segretariato centrale della CDOS, a destinazione del Comitato della CC, almeno 30 giorni prima della data di adesione.

³ Nella dichiarazione di adesione viene indicato per quali settori conformemente all'articolo 2 avviene l'adesione.

⁴ La dichiarazione di adesione è valida unicamente se viene al contempo denunciata l'affiliazione alla CII nei settori A e B.

2. DISDETTA DELLA CIIS

Art. 38

¹ La disdetta della CIIS deve essere inoltrata per iscritto al segretariato centrale della CDOS, a destinazione del Comitato della CC.

² La disdetta diviene esecutiva al termine dell'anno civile che segue la lettera di disdetta.

³ La lettera di disdetta indica il settore, rispettivamente i settori interessati dalla disdetta.

⁴ Le garanzie di assunzione delle spese concesse prima della disdetta rimangono valide.

3. ENTRATA IN VIGORE DELLA CIIS

Art. 39

¹ La CDOS nomina gli organi non appena almeno due Cantoni in tre regioni avranno aderito ad almeno due settori. Il Comitato della CC stabilisce in seguito il momento dell'entrata in vigore e informa i Cantoni e il Principato del Liechtenstein.

Entrata in vigore della CIIS del 13 dicembre 2002

² L'entrata in vigore deve avvenire al più tardi dodici mesi dopo il raggiungimento del quorum.

Art. 39^{bis}

¹ A partire dalla sua entrata in vigore, la revisione parziale del 23 novembre 2018 è applicabile a tutti i collocamenti esistenti e a tutti i nuovi collocamenti.

Entrata in vigore della revisione parziale del 23 novembre 2018

² Essa entra in vigore al più tardi 12 mesi dopo che vi hanno aderito almeno 18 Cantoni.

³ Il Comitato della CC stabilisce la data dell'entrata in vigore.

4. ABROGAZIONE DELLA CIIS

Art. 40

¹ La CIIS va abrogata non appena il quorum conformemente all'articolo CIIS 39 capoverso 1 non è più raggiunto.

² Il Comitato della CC comunica alla CDOS il mancato raggiungimento del quorum. La CDOS fissa il termine per l'abrogazione e lo comunica ai Cantoni e al Principato del Liechtenstein.

³ Un eventuale utile da liquidazione deve essere versato alla CDOS.

Art. 41

Garanzie di
assunzione delle
spese

Le garanzie di assunzione delle spese concesse prima dell'abrogazione della CIIS mantengono la loro validità.

V. DISPOSIZIONE TRANSITORIA CII/CIIS

Art. 42

Garanzie/garanzia
di assunzione
delle spese

¹ Per i Cantoni firmatari le garanzie di assunzione delle spese esistenti dalla CII rimangono valide. L'articolo 27 capoverso 2 fa stato per analogia.

² Per le garanzie di assunzione delle spese esistenti per le quali l'indennizzo delle prestazioni subisce delle modifiche in seguito alla perdita dei sussidi dell'AI devono essere presentate nuove domande al Cantone di domicilio entro il 31.3.2008. Questo vale anche per le prestazioni, per le quali entro il 31.12.2007 non erano ancora state fornite delle garanzie di assunzione delle spese, nel caso in cui il calcolo dell'indennizzo delle prestazioni subisca una modifica.

Art. 43

Elenco

¹ Per i Cantoni firmatari, l'elenco degli istituti e delle istituzioni conformemente all'articolo 8 della CII viene trasferito nell'elenco delle strutture conformemente agli articoli 31 e 32 CIIS.

² I Cantoni firmatari inoltrano al segretariato della CDOS, entro sei mesi dall'adesione, il loro elenco adeguato e corretto delle strutture conformemente agli articoli 2 e 23.

Appendice 1 alla CIIS

Entrata in vigore della CIIS:

A) CONFERMA DELL'ADEMPIMENTO DEI PRESUPPOSTI PER L'ENTRATA IN VIGORE DELLA CIIS:

Nella sua seduta del 28.01.2005, il Comitato della CDOS ha preso atto del raggiungimento del quorum a partire dall'1.1.2006 e che la CIIS può essere posta in vigore con effetto all'1.1.2006. Esso approva l'ulteriore procedura secondo il piano particolare del segretariato centrale della CDOS.

Confermiamo che i presupposti per l'entrata in vigore della CIIS conformemente all'art. 39 sono soddisfatti e che gli organi possono essere nominati.

Non appena gli organi saranno formati, il Comitato della Conferenza della Convenzione (CC) stabilirà il termine per l'entrata in vigore della CIIS e informerà i Cantoni e il Principato del Liechtenstein.

Berna, 28.01.2005	La presidente della CDOS	Il segretario centrale della CDOS
----------------------	--------------------------	-----------------------------------

firma R. Lüthi

firma E. Zürcher

Dr. Ruth Lüthi
Consigliera di Stato

Ernst Zürcher

B) APPROVAZIONE DELL'ENTRATA IN VIGORE DELLA CIIS DA PARTE DEL COMITATO DELLA CC:

Nella sua seduta del 22.09.2005, il Comitato della CC ha fissato l'entrata in vigore della CIIS per l'1.1.2006.

La CIIS entra dunque in vigore con effetto al: 1° gennaio 2006

Berna, 22.09.2005	Comitato della Conferenza della Convenzione CIIS
----------------------	---

La Presidente

firma K. Hilber

Kathrin Hilber, Consigliera di Stato

C) ENTRATA IN VIGORE DELLE MODIFICHE DECISE IL
14 SETTEMBRE 2007:

Il 14 settembre 2007 a Losanna, la Conferenza della Convenzione ha approvato gli adeguamenti della CIIS alla NPC con entrata in vigore al 1° gennaio 2008.

La CIIS adeguata entra dunque in vigore con effetto al: 1° gennaio 2008

Berna,
14.09.2007

**La presidente della
Conferenza della
Convenzione CIIS**

firma Kathrin Hilber

Kathrin Hilber,
Consigliera di Stato

**La segretaria generale
della CDOS**

*firma Margrith Hansel-
mann*

Margrith Hanselmann

Appendice 2 alla CIIS

Abbreviazioni

CC	Conferenza della Convenzione
CDCGP	Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia
CDOS	Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali
CDPE	Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della pubblica educazione
CDS	Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità (prima chiamati direttori cantonali degli affari sanitari)
CII	Convenzione intercantonale relativa agli istituti
CIIS	Convenzione intercantonale per le istituzioni sociali
CQI	Convenzione quadro del 24 giugno 2005 per la collaborazione intercantonale con compensazione degli oneri
CSUC CIIS	Conferenza svizzera degli uffici di collegamento CIIS
LIPIn	Legge federale del 6 ottobre 2006 sulle istituzioni che promuovono l'integrazione degli invalidi
NPC	Nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti

Appendice 3 alla CIIS**Elenco dei Cantoni firmatari con i settori per i quali vale l'adesione (secondo l'ordine dei decreti)****Stato 1.1.2015:**

Cantone:	Decreto del:	Adesione per:	Settori:
BS	20.05.2003	01.01.2006	A, B, D
AG	04.11.2003	01.01.2006	A, D
BE	10.12.2003	01.01.2006	A, B, C, D
UR	16.12.2003	01.01.2006	A, B
GL	14.01.2004	01.01.2006	A, B, D
FR	10.02.2004	01.01.2006	A, B, C, D
BL	23.03.2004	01.01.2006	A, B, D
SO	24.08.2004	01.01.2006	A, B, C, D
LU	07.09.2004	01.01.2006	A, B, C, D
OW	19.10.2004	01.01.2006	A, B, D
SZ	07.12.2004	01.01.2006	A, B, D
NE	22.12.2004	01.01.2006	A, B, C, D
VD	19.01.2005	01.01.2006	A, B, C, D
TI	05.04.2005	01.01.2006	A, B, C, D
UR	31.05.2005	01.01.2006	D
VS	22.06.2005	01.01.2006	A, B, C, D
SG	16.08.2005	01.01.2006	A, B
NW	18.10.2005	01.01.2006	A, B, D
JU	26.10.2005	01.01.2006	A, B, C, D
FL	02.12.2005	01.01.2006	B
SZ	20.09.2006	01.01.2007	C
AI	26.09.2006	01.01.2007	A, B

Cantone:	Decreto del:	Adesione per:	Settori:
ZG	24.10.2006	01.01.2007	A, B, C, D
AG	08.11.2006	01.01.2007	B
SG	13.02.2007	01.01.2008	D
TG	20.08.2007	01.01.2008	A, B, D
SH	17.09.2007	01.01.2008	B, C
AR	29.10.2007	01.01.2008	A, B, C, D
ZH	14.11.2007	01.01.2008	A, B, C, D
GE	20.11.2007	01.01.2008	A, B, C, D
GR	22.10.2008	01.04.2009	A, B, C, D
SH	27.10.2008	01.01.2009	A, D
BS	10.03.2009	01.07.2009	C
FL	10.11.2009	01.01.2010	A, D
SG	08.10.2013	01.01.2015	C
NW	26.11.2014	01.01.2015	C

Appendice 4 alla CIIS**Ratifica degli adeguamenti della CIIS alla NPC con entrata in vigore il 1° gennaio 2008**

Tutti i Cantoni e il Principato del Liechtenstein hanno ratificato la CIIS adeguata alla NPC con entrata in vigore il 1° gennaio 2008 (in ordine cronologico dei rispettivi decreti):

Cantone:	Decreto del:
BL	06.11.2007
AG	07.11.2007
ZH	14..11.2007
AR	11.12.2007
AI	01.01.2008
SO	01.01.2008
FL	01.01.2008
TI	01.01.2008
SH	08.01.2008
OW	15.01.2008
UR	22.01.2008
GL	23.01.2008
NE	06.02.2008
VD	20.02.2008
NW	26.02.2008
TG	15.04.2008
LU	06.05.2008
VS	07.05.2008
SZ	01.07.2008
GR	22.10.2008
ZG	16.12.2008

Cantone:	Decreto del:
BS	10.03.2009
BE	25.03.2009
SG	26.01.2010
GE	15.05.2010
FR	10.12.2010
JU	23.03.2011

Geltendes Recht

Beitritt des Kantons Graubünden zur interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)

Gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung ¹⁾

vom Grossen Rat beschlossen am 22. Oktober 2008 ²⁾

-
1. Der Kanton Graubünden tritt der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) vom 13. Dezember 2002 ³⁾ in den Bereichen A, B, C und D bei.
 2. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) im Sinne von Ziffer 1 zu erklären. ⁴⁾
 3. Die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum. ⁵⁾

¹⁾ BR 110.100

²⁾ B vom 8. Juli 2008, 315; GRP 2008/2009, 298

³⁾ BR 546.710

⁴⁾ Gemäss RB vom 9. Februar 2009 ist der Kanton Graubünden auf den 1. April 2009 der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) vom 13. Dezember 2002 in den Bereichen A, B, C und D beigetreten.

⁵⁾ Das Referendum ist am 28. Januar 2009 ungenutzt abgelaufen.

Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)

Vom 13. Dezember 2002 (Stand 1. Januar 2008)

Präambel

In Anbetracht dessen,

- dass soziale Einrichtungen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Wohnsitz in einem anderen Kanton offen stehen sollen,
- dass die hierfür nötige Angebotsoffenheit nur spielen kann, wenn die Kostenübernahme zwischen den Kantonen auf der Grundlage einheitlicher Berechnungsmethoden gesichert ist,
- dass eine enge interkantonale Zusammenarbeit im Bereiche der sozialen Einrichtungen anzustreben ist,

beschliessen die Kantone, gestützt auf den Vorschlag der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK), im Einvernehmen mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) folgende Vereinbarung:

I. Grundlagen

1. ZWECK

Art. 1

¹ Die Vereinbarung bezweckt, die Aufnahme von Personen mit besonderen Betreuungs- und Förderungsbedürfnissen in geeigneten Einrichtungen ausserhalb ihres Wohnkantons ohne Erschwernisse zu ermöglichen.

² Die Vereinbarungskantone arbeiten in allen Belangen der IVSE zusammen. Sie tauschen insbesondere Informationen über Massnahmen, Erfahrungen sowie Ergebnisse aus, stimmen ihre Angebote an Einrichtungen aufeinander ab und fördern die Qualität derselben.

2. GELTUNGSBEREICH

Art. 2

¹ Die IVSE bezieht sich auf Einrichtungen der folgenden Bereiche:

Bereiche

- A Stationäre Einrichtungen, die gestützt auf eidgenössisches oder kantonales Recht Personen bis zum vollendeten 20. Altersjahr, längstens jedoch bis nach Abschluss der Erstausbildung beherbergen, sofern sie vor Erreichen der Volljährigkeit in eine Einrichtung eingetreten oder dort untergebracht worden sind.

Im Fall von Massnahmen gemäss dem Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht liegt die Altersgrenze unabhängig vom Eintrittsalter beim vollendeten 22. Altersjahr.

- B Einrichtungen für erwachsene, invalide Personen oder Einheiten solcher Einrichtungen gemäss dem Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG)¹⁾:

- a) Werkstätten, die dauernd intern oder an dezentral ausgelagerten Arbeitsplätzen invalide Personen beschäftigen, die unter üblichen Bedingungen keine Erwerbstätigkeit ausüben können;
- b) Wohnheime und andere betreute kollektive Wohnformen für invalide Personen;
- c) Tagesstätten, in denen invalide Personen Gemeinschaft pflegen und an Freizeit- und Beschäftigungsprogrammen teilnehmen können.

Einheiten von Einrichtungen, welche die gleichen Leistungen wie die Einrichtungen gemäss Buchstaben a) bis c) erfüllen, sind gleichgestellt.

- C Stationäre Therapie- und Rehabilitationsangebote im Suchtbereich

- D Einrichtungen der externen Sonderschulung:

- a) Sonderschulen für Unterricht, Beratung und Unterstützung inklusive integrativer Sonderschulung sowie für die Tagesbetreuung, sofern diese Leistung von der Einrichtung erbracht wird;
- b) Früherziehungsdienste für Kinder mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Kinder;
- c) Pädagogisch-therapeutische Dienste für Logopädie oder Psycho-motoriktherapie, sofern diese Leistungen nicht innerhalb des Regelschulangebotes erbracht werden.

² Die Vereinbarungskonferenz (VK) kann die Vereinbarung unter Vorbehalt der Artikel 6 und 8 der IVSE auf weitere Bereiche sozialer Einrichtungen ausdehnen.

³ Die Kantone können einzelnen, mehreren oder allen Bereichen beitreten.

Art. 3

Ausnahmen

¹ Einrichtungen, die einem Konkordat über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Straf- und Massnahmenvollzugskonkordate) unterstellt sind, fallen nicht unter diese Vereinbarung.

¹⁾ SR 831.26

² Einrichtungen für Betagte, sowie medizinisch geleitete Einrichtungen fallen nicht unter diese Vereinbarung.

³ Einheiten von Einrichtungen gemäss Absatz 2 mit eigener Rechnung und Leitung können der IVSE ebenfalls unterstellt werden, wenn sie deren Voraussetzungen erfüllen.

⁴ Einrichtungen fallen nicht unter diese Vereinbarung für Leistungen, die sie zur beruflichen Eingliederung im Sinne der Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung ¹⁾ erbringen.

3. BEGRIFFE

Art. 4

Die folgenden Begriffe werden im Rahmen der IVSE auf Grund der nachstehenden Definitionen verwendet:

- a) Vereinbarungskonferenz (VK)
Die Versammlung all jener Mitglieder der SODK, deren Kanton der IVSE beigetreten ist, bildet die Vereinbarungskonferenz.
- b) Vorstand der VK
Der Vorstand VK entspricht den Vorstandsmitgliedern SODK, soweit deren Kanton der IVSE beigetreten ist.
- c) Vereinbarungskanton
Der Vereinbarungskanton ist derjenige Kanton, der mindestens einem Bereich der IVSE beigetreten ist.
- d) Wohnkanton
Der Wohnkanton ist derjenige Kanton, in dem die Person, welche die Leistungen beansprucht, ihren zivilrechtlichen Wohnsitz hat.
- e) Standortkanton
Standortkanton ist der Kanton, in dem die Einrichtung ihren Standort hat. Wird die unternehmerische und finanzielle Herrschaft über die Einrichtung in einem anderen Kanton ausgeübt, so kann dieser als Standortkanton vereinbart werden.
- f) Einrichtung
Die Einrichtung ist eine Struktur, die als juristische oder natürliche Person Leistungen in einem Bereich nach Artikel 2 Absatz 1 erbringt.
- g) Richtlinie
Die Richtlinie stellt eine verbindliche Sekundärnorm der IVSE dar. Sie wird durch den Vorstand VK erlassen.

¹⁾ SR 831.20

4. NACHTRÄGLICHE WOHSITZNAHME UND AUFENTHALT

Art. 5

Besondere
Zuständigkeit

¹ Der Aufenthalt in einer Einrichtung gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B Litera b) bewirkt keine Änderung der bisherigen Zuständigkeit für das Leisten der Kostenübernahmegarantie.

² Für Vergütungen von Leistungen der externen Sonderschulung hat derjenige Kanton die Kostenübernahmegarantie zu leisten, in dem sich der Schüler oder die Schülerin aufhält.

II. Organisation

1. KONSTITUIERUNG DER IVSE, VOLLZUG, ORGANE

Art. 6

Vollzug

¹ Die SODK ist solange die federführende Konferenz, bis die Organe geschaffen sind.

² Die VK gewährleistet den Vollzug der IVSE.

³ Sie arbeitet dabei mit den weiteren im Bereich der sozialen Einrichtungen zuständigen Fachdirektorenkonferenzen und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren zusammen. Zu den weiteren zuständigen Fachdirektorenkonferenzen gehören:

- die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)
- die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)
- die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

⁴ Die VK konsultiert die EDK, die KKJPD und die GDK in Bezug auf die von ihr gestützt auf die Artikel 8 Buchstabe a) und 9 Buchstaben, g) und h) der IVSE zu fällenden Entscheide.

Art. 7

Organe

¹ Organe der IVSE sind:

- a) Die VK
- b) Der Vorstand VK
- c) Die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE
- d) Die Regionalkonferenzen
- e) Die Rechnungsprüfungskommission

² Wahlen und Abstimmungen:

- a) Rechtsgültige Beschlüsse und Wahlen bedürfen der Anwesenheit der Hälfte der in der IVSE für die Besetzung der Organe vorgesehenen stimmberechtigten Mitglieder unter Vorbehalt von Artikel 8 Buchstabe a).
- b) Bei Abstimmungen entscheidet das Mehr der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Präsidentin oder der Präsident mit Stichentscheid.
- c) Bei Wahlen gilt das absolute Mehr der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

³ Die VK erlässt ein Reglement zu Konstituierung und Tätigkeit der Organe.

Art. 8

Die VK ist zuständig für:

VK

- a) Die Ausdehnung der IVSE auf weitere Bereiche sozialer Einrichtungen gemäss Artikel 2 Absatz 2. Entscheide bedürfen für ihre Gültigkeit der Zweidrittelmehrheit.
- b) Den Erlass eines Reglements zur Konstituierung und Tätigkeit der Organe gemäss Artikel 7 Absatz 3.

Art. 9

¹ Der Vorstand VK ist zuständig für:

Vorstand VK

- a) Die Durchführung des Beitrittsverfahrens nach Artikel 37
- b) Die Festlegung des Zeitpunktes des Inkrafttretens der IVSE im Anschluss an das Erreichen des Quorums sowie die entsprechende Mitteilung an die Vereinbarungskantone gemäss Artikel 39
- c) Die Mitteilung an die SODK bei Unterschreiten des Quorums gemäss Artikel 40
- d) Die Genehmigung des Voranschlages und der Rechnung der IVSE
- e) Die Festlegung der Regionen gemäss Artikel 12 Absatz 3
- f) Die Verweigerung der Aufnahme oder Streichung einer Einrichtung von der Liste bei Nichterfüllen der Anforderungen der IVSE auf Antrag der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen IVSE
- g) Den Erlass folgender Richtlinien:
 - Zur Leistungsabgeltung gemäss den Artikel 20 und 21
 - Zum Verfahren im Bereich C gemäss Artikel 30
 - Rahmenrichtlinien zur Qualität gemäss Artikel 33 Absatz 2
 - Zur Kostenrechnung gemäss Artikel 34 Absatz 2
- h) Die Verabschiedung von Empfehlungen
- i) Die Abstimmung der Angebote zwischen den Regionen und deren periodische Erörterung mit ihnen
- k) Alle Entscheide, die nicht in die Kompetenz eines anderen Organs fallen.

² An den Sitzungen des Vorstandes VK nimmt der Präsident oder die Präsidentin der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen IVSE zu den Geschäften der IVSE mit beratender Stimme teil.

2. VERBINDUNGSSTELLEN

Art. 10

Bezeichnung Jeder Vereinbarungskanton bezeichnet eine Verbindungsstelle.

Art. 11

Zuständigkeit

¹ Die Verbindungsstellen sind zuständig für:

- a) Das Einholen der Kostenübernahmegarantie;
- b) Die Entgegennahme und Bearbeitung von Gesuchen um Kostenübernahmegarantie und den Entscheid über dieselben;
- c) Die Koordination der Information und der Geschäftsbearbeitung mit Verwaltungen sowie Einrichtungen und deren Vertretungen innerhalb des Kantons;
- d) Den Informationsaustausch und die Geschäftsbearbeitung mit Verbindungsstellen anderer Vereinbarungskantone;
- e) Die Führung eines Registers über die erteilten Kostenübernahmegarantien.

² Die Verbindungsstellen nehmen an den Sitzungen der Regionalkonferenzen teil.

3. REGIONALKONFERENZEN

Art. 12

Zusammen-
schluss

¹ Die Verbindungsstellen schliessen sich zu den vier Regionalkonferenzen Westschweiz/Tessin, Nordwestschweiz, Zentralschweiz und Ostschweiz zusammen.

² Jede Verbindungsstelle gehört einer Regionalkonferenz an. Sie kann weiteren Regionalkonferenzen mit beratender Stimme angehören.

³ Der Vorstand VK legt die Regionen fest.

Art. 13

Zuständigkeit

Die Regionalkonferenzen sind zuständig für:

- a) Die Wahl von zwei Vertretern beziehungsweise Vertreterinnen als Mitglieder der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen IVSE.
- b) Die Abstimmung der Angebote an Einrichtungen zwischen den Kantonen im Rahmen der Region.

- c) Den Austausch von Informationen im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 und die Weiterleitung derselben an die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE.
- d) Anträge an die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE, insbesondere in Bezug auf die Aufnahme oder Streichung einer Einrichtung von der Liste der Einrichtungen.

4. SCHWEIZERISCHE KONFERENZ DER VERBINDUNGSSTELLEN IVSE

Art. 14

Die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE besteht aus je zwei Vertretern oder Vertreterinnen der Regionalkonferenzen. Der Konferenzsekretär oder die Konferenzsekretärin der SODK nimmt an den Verhandlungen mit beratender Stimme teil.

Zusammensetzung

Art. 15

Die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE ist zuständig für:

Zuständigkeit

- a) Die Ausarbeitung von Bericht und Antrag zu den Geschäften des Vorstandes VK gemäss Artikel 9 Litera e) – h). Anträge gemäss Artikel 9 Litera f) dürfen nur auf Antrag einer Regionalkonferenz erfolgen.
- b) Den Austausch von Informationen im Sinne von Artikel 1 Absatz 2.
- c) Die Instruktion der Verbindungsstellen.

5. RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Art. 16

Die Rechnungsprüfungskommission der SODK revidiert die Jahresrechnung der IVSE und erstattet der VK Bericht und Antrag.

6. GESCHÄFTSFÜHRUNG

Art. 17

¹ Das Zentralsekretariat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren führt die Geschäfte der IVSE, soweit nicht die Kantone dafür zuständig sind.

Sekretariat

² Es besorgt auch die Sekretariate der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen sowie in der Regel von Ad-hoc-Fachgruppen.

³ gestrichen

Art. 18

Kosten

¹ Die Kosten, welche durch die Anwendung dieser Vereinbarung entstehen, werden von der VK getragen.

² Das Zentralsekretariat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren stellt den Vereinbarungskantonen hierfür Rechnung und sorgt für das Inkasso.

III. Leistungsabgeltung und Kostenübernahmegarantie**1. GRUNDSATZ****Art. 19**

¹ Der Wohnkanton sichert der Einrichtung des Standortkantons mittels der Kostenübernahmegarantie die Leistungsabgeltung zu Gunsten der Person für die zu garantierende Periode zu.

² Die zahlungspflichtigen Stellen und Personen des Wohnkantons schulden der Einrichtung des Standortkantons die Leistungsabgeltung für die Leistungsdauer.

2. LEISTUNGSABGELTUNG**Art. 20**Definition
Leistungs-
abgeltung

¹ Die Leistungsabgeltung berechnet sich aus dem anrechenbaren Nettoaufwand abzüglich der Bau- und Betriebsbeiträge des Bundes. Der verbleibende Betrag wird auf die Person pro Verrechnungseinheit umgerechnet.

² Der anrechenbare Nettoaufwand ergibt sich aus dem anrechenbaren Aufwand abzüglich des anrechenbaren Ertrages.

Art. 21Definition
anrechenbarer
Aufwand und
Ertrag

¹ Als anrechenbarer Aufwand gelten die für die Leistung erforderlichen Personal- und Sach- inkl. Kapitalkosten und Abschreibungen.

² Als anrechenbarer Ertrag gelten Einnahmen aus dem Leistungsbereich inkl. Kapitalerträge sowie freiwillige Zuwendungen, soweit diese für den Betrieb bestimmt sind.

³ Der Vorstand VK erlässt eine Richtlinie zu den Artikel 20 und 21.

Art. 22Beiträge der
Unterhalts-
pflichtigen

¹ Die Höhe der Beiträge der Unterhaltspflichtigen im Rahmen der IVSE entspricht den mittleren Tagesaufwendungen für Kost und Logis für eine Person in einfachen Verhältnissen.

² Von Unterhaltspflichtigen nicht geleistete Beiträge können der Sozialhilfe belastet werden.

Art. 23

¹ Die Leistungsabgeltung kann sowohl durch Methode D (Defizitdeckung) als auch Methode P (Pauschalen) erfolgen. Methode

² Besteht zwischen dem Standortkanton und seiner Einrichtung keine Abmachung bezüglich der Methode P, so kommt die Methode D zur Anwendung.

³ Die Vereinbarungskantone streben den Übergang von der Methode D zur Methode P an. Der Vorstand VK fördert diesen Prozess im Rahmen von Artikel 1 Absatz 2.

Art. 24

¹ Als Verrechnungseinheit gilt der Kalendertag.

Verrechnungseinheit

^{1 bis} Für Leistungen von Werkstätten gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B Litera a) gelten die vereinbarten Arbeitsstunden als Verrechnungseinheit.

^{1 ter} Für Leistungen von Tagesstätten gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B gilt der Aufenthaltstag als Verrechnungseinheit. Der Vorstand VK erlässt eine Richtlinie zur Definition des Aufenthaltstages.

^{1 quater} Für Leistungen, die von Sonderschulen ausserhalb der Einrichtung erbracht werden sowie für Leistungen von Sonderschuleinrichtungen gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich D Litera b) und c) gilt die Unterrichts-, Therapie- oder Beratungsstunde als Verrechnungseinheit.

² Bei der Methode P kann von den Verrechnungseinheiten gemäss Absätzen 1, 1bis, 1ter und 1quater abgewichen werden.

Art. 25

¹ Die Einrichtung des Standortkantons kann den zahlungspflichtigen Stellen und Personen monatlich Rechnung stellen. Die Rechnungen sind innert 30 Tagen nach Eingang zu bezahlen. Inkasso

² Bleiben nach Ablauf der Zahlungsfrist die Überweisungen der Zahlungspflichtigen aus, mahnt die Einrichtung schriftlich. 10 Tage nach Eintreffen der Mahnung beginnt ein Verzugszins von 5 Prozent zu laufen.

³ Bei Inkassoproblemen leistet der Wohnkanton Hilfe.

3. KOSTENÜBERNAHMEGARANTIE

Art. 26

¹ Die Verbindungsstelle des Standortkantons holt vor der Unterbringung der Person bei der Verbindungsstelle des Wohnkantons die Kostenübernahmegarantie ein. Ablauf

² Kann das Gesuch um die Kostenübernahmegarantie wegen zeitlicher Dringlichkeit nicht vor Beginn der Unterbringung oder des Eintritts der Person in die Einrichtung gestellt werden, so ist es so rasch als möglich nachzuholen.

Art. 27

Modalitäten

¹ Die Kostenübernahmegarantie kann befristet und mit Auflagen versehen sein. Bei einem Wechsel des Wohnkantons holt der Standortkanton eine neue Kostenübernahmegarantie ein.

² Unbefristete Kostenübernahmegarantien können mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.

³ Gesuche um eine Kostenübernahmegarantie zu Gunsten von erwachsenen Personen erfordern deren Einwilligung.

4. REGELN FÜR ERWACHSENE PERSONEN MIT BEHINDERUNGEN GEMÄSS BEREICH B

Art. 28

Kostenbeteiligung;
Grundsätze

¹ Für erwachsene, invalide Personen gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B Litera b) und c) gelten in teilweiser Abweichung von Kapitel III (Leistungsabgeltung und Kostenübernahmegarantie) die nachfolgenden Regeln.

² Die erwachsene, invalide Person in Einrichtungen gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B Litera b) und c) trägt die Kosten der Leistungsabgeltung teilweise oder vollständig aus ihrem Einkommen und aus Anteilen des Vermögens.

³ Die Berechnung der Kostenbeteiligung erfolgt nach den im Wohnkanton geltenden Regeln.

Art. 29

Kostenbeteiligung und
Leistungsabgeltung

¹ Die Kostenbeteiligung wird von der Einrichtung bei der Person oder deren gesetzlichen Vertretung auf Grund der Kostenübernahmegarantie des Wohnkantons eingefordert.

² Verbleibt nach Abzug der Kostenbeteiligung von der Leistungsabgeltung ein ungedeckter Betrag, so gilt der Wohnkanton diesen der Einrichtung ab.

5. REGELN FÜR DEN BEREICH C

Art. 30

Für das Verfahren im Bereich C kann der Vorstand VK eine spezielle Richtlinie erlassen.

IV. Einrichtungen

1. LISTE DER EINRICHTUNGEN

Art. 31

¹ Der Standortkanton bezeichnet die Einrichtungen in seiner Zuständigkeit, welche er der IVSE zu unterstellen beabsichtigt, teilt sie im Sinne des Artikel 2 Absatz 1 den entsprechenden Bereichen zu, bezeichnet die von der Einrichtung angewandte Methode der Leistungsabgeltung gemäss Artikel 23 und meldet diese Angaben dem Zentralsekretariat der SODK.

Bezeichnen der
Einrichtungen

² Fallen nicht alle Abteilungen einer Einrichtung unter die IVSE, so bezeichnet der Standortkanton ausdrücklich jene Abteilungen, auf welche die IVSE Anwendung finden soll.

Art. 32

¹ Das Zentralsekretariat der SODK führt eine Liste der Einrichtungen beziehungsweise derjenigen Abteilungen, welche der IVSE unterstellt sind. Es führt die Liste nach Bereichen gem. Artikel 2 Absatz 1 sowie nach Methoden der Leistungsabgeltung gemäss Artikel 23 der IVSE.

Liste

² Die Verbindungsstellen melden alle Mutationen umgehend dem Zentralsekretariat der SODK, welches diese Liste laufend nachführt.

2. QUALITÄT UND WIRTSCHAFTLICHKEIT

Art. 33

¹ Die Standortkantone gewährleisten in den dieser Vereinbarung unterstellten Einrichtungen einen therapeutisch, pädagogisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb.

² Der Vorstand VK erlässt Rahmenrichtlinien zu den Qualitätsanforderungen.

3. KOSTENRECHNUNG

Art. 34

¹ Die Standortkantone sorgen dafür, dass die ihnen unterstellten Einrichtungen eine Kostenrechnung führen.

² Der Vorstand VK erlässt Richtlinien zur Kostenrechnung.

V. Rechtsschutz und Streitbeilegung**Art. 35**

Streitbeilegung

Kantone und Organe bemühen sich, Streitigkeiten aus der IVSE durch Verhandlungen oder Vermittlung beizulegen. Sie befolgen hierbei die Vorschriften der Streitbeilegung gemäss Artikel. 31 ff. der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Rahmenvereinbarung, IRV) vom 24. Juni 2005.

Art. 35bis

Sitz

Der Sitz der IVSE ist am Standort des Zentralsekretariates der SODK.

Art. 35ter

Anwendbares Recht

Es gilt das Recht des Sitzkantons.

VI. Schluss- und Übergangsbestimmungen**1. BEITRITT ZUR IVSE****Art. 36**

Beitritt

¹ Der Vorstand SODK gibt die vorliegende Vereinbarung zum Beitritt frei und führt das Beitrittsverfahren durch.

² Beitreten können die Kantone der Schweiz sowie das Fürstentum Liechtenstein.

Art. 37

Verfahren

¹ Der Beitritt zu dieser Vereinbarung kann auf Beginn eines jeden Quartals erklärt werden.

² Die schriftliche Beitrittserklärung muss dem Zentralsekretariat der SODK zuhänden des Vorstandes VK mindestens 30 Tage vor dem Beitrittstermin zugehen.

³ In der Beitrittserklärung wird angegeben, für welche Bereiche gemäss Artikel 2 der Beitritt erfolgt.

⁴ Die Beitrittserklärung ist nur gültig, wenn gleichzeitig die Mitgliedschaft bei der IHV, soweit diese in den Bereichen A und B besteht, gekündigt wird.

2. KÜNDIGUNG DER IVSE

Art. 38

¹ Die Kündigung der IVSE ist dem Zentralsekretariat SODK zuhanden des Vorstandes VK schriftlich einzureichen.

² Der Austritt wird auf das Ende des dem Kündigungsschreiben folgenden Kalenderjahres rechtswirksam.

³ Das Kündigungsschreiben gibt den respektive die betroffenen Bereiche an.

⁴ Vor der Kündigung erteilte Kostenübernahmegarantien behalten ihre Gültigkeit.

3. INKRAFTTRETEN DER IVSE

Art. 39

¹ Sobald in drei Regionen mindestens je zwei Kantone mindestens zwei Bereichen beigetreten sind, bestellt die SODK die Organe. Der Vorstand VK legt anschliessend den Zeitpunkt für das Inkrafttreten fest und orientiert die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein.

² Das Inkraftsetzen hat spätestens zwölf Monate nach Erreichen des Quorums zu erfolgen.

4. AUFHEBUNG DER IVSE

Art. 40

¹ Sobald das Quorum gem. Artikel 39 Absatz 1 unterschritten wird, ist die IVSE aufzuheben.

² Der Vorstand VK meldet die Unterschreitung des Quorums an die SODK. Die SODK legt den Zeitpunkt für die Aufhebung fest und teilt ihn den Kantonen sowie dem Fürstentum Liechtenstein mit.

³ Ein allfälliger Liquidationsgewinn ist der SODK zu überweisen.

Art. 41

Vor der Aufhebung der IVSE erteilte Kostenübernahmegarantien behalten ihre Gültigkeit. Kostenübernahme
garantien

V. ÜBERGANGSREGELUNG IHV/IVSE

Art. 42

Kostengutsprachen/
Kostenübernahme-
garantien

¹ Bestehende Kostengutsprachen der IHV behalten für Vereinbarungskantone die Gültigkeit als Kostenübernahmegarantie. Artikel 27 Absatz 2 gilt analog.

² Für bestehende Kostenübernahmegarantien, bei denen sich die Leistungsabgeltung infolge des Wegfalls der Beiträge der IV verändert, müssen dem Wohnkanton bis zum 31.3.2008 neue Gesuche unterbreitet werden. Dies gilt auch betreffend Leistungen, für welche bis zum 31.12.2007 noch keine Kostenübernahmegarantien geleistet wurden, sofern sich die Berechnung der Leistungsabgeltung verändert.

Art. 43

Liste

¹ Die Liste der Heime und Einrichtungen gemäss Artikel 8 der IHV wird für die Beitrittskantone in die Liste der Einrichtungen gemäss Artikel 31 und 32 IVSE überführt.

² Die Vereinbarungskantone reichen innerhalb von sechs Monaten nach dem Beitritt ihre gemäss Artikel 2 und 23 angepasste und bereinigte Liste der Einrichtungen dem Sekretariat der SODK ein.

Anhang 1 zur IVSE**Inkrafttreten der IVSE:**

- A) BESTÄTIGUNG, DASS DIE VORAUSSETZUNGEN
FÜR DAS INKRAFTTRETEN DER IVSE, ERFÜLLT
SIND:

Der Vorstand der SODK hat an seiner Sitzung vom 28.1.2005 davon Kenntnis genommen, dass das Quorum per 1.1.2006 erreicht ist und die IVSE auf den 1.1.2006 in Kraft gesetzt werden kann. Er genehmigt das weitere Vorgehen gemäss speziellem Plan des Zentralsekretariates SODK.

Wir bestätigen, dass die Voraussetzungen für das Inkrafttreten der IVSE gem. Art. 39 erfüllt sind und die Organe bestellt werden können.

Sobald die Organe gebildet sind, wird der Vorstand der Vereinbarungskonferenz (VK) den Zeitpunkt für das Inkrafttreten der IVSE festlegen und die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein orientieren.

Bern, 28.1.2005	Die Präsidentin SODK	Der Zentralsekretär SODK
	<i>sig. R. Lüthi</i>	<i>sig. E. Zürcher</i>
	Dr. Ruth Lüthi Staatsrätin	Ernst Zürcher

- B) GENEHMIGUNG DES INKRAFTTRETENS DER IVSE
DURCH DEN VORSTAND DER VK:

Der Vorstand der VK hat an seiner Sitzung vom 22.9.2005 das Inkrafttreten der IVSE per 1.1.2006 festgelegt.

Damit tritt die IVSE in Kraft per: 1. Januar 2006

Bern, 22.9.2005 **Vorstand der Vereinbarungskonferenz IVSE**

Die Präsidentin
sig. K. Hilber
Kathrin Hilber, Regierungsrätin

C) INKRAFTTRETEN DER AM 14. SEPTEMBER 2007
BESCHLOSSENEN ANPASSUNGEN:

Die Vereinbarungskonferenz hat am 14. September 2007 in Lausanne den Anpassungen der IVSE an die NFA mit Inkrafttreten per 1. Januar 2008 zugestimmt.

Damit tritt die angepasste IVSE in Kraft per: 1. Januar 2008

Bern, 14.9. 2007 **Die Präsidentin der Ver-** **Die Generalsekretärin**
einbarungskonferenz **SODK**
IVSE

sig. Kathrin Hilber

sig. Margrith Hanselmann

Kathrin Hilber,
Regierungsrätin

Margrith Hanselmann

Anhang 2 zur IVSE**Abkürzungen**

AE	Anrechenbarer Ertrag
ANA	Anrechenbarer Nettoaufwand
BU	Beiträge der Unterhaltspflichtigen
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
FDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren
GDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (früher Sanitätsdirektoren genannt)
KKJPD	Schweizerische Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren
IHV	Interkantonale Heimvereinbarung
IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
IVSE	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen
KüG	Kostenübernahmegarantie
LA	Leistungsabgeltung
LSMG	Bundesgesetz vom 5. Okt. 1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug
RK	Regionalkonferenz
SKV IVSE	Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE
SODK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch
VK	Vereinbarungskonferenz
ZUG	Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger

Anhang 3 zur IVSE**Liste der Vereinbarungskantone mit den Bereichen für die der Beitritt gilt (in der Reihenfolge der Beschlüsse)****Stand vom 1.1.2008:**

Kanton:	Beschluss vom:	Beitritt per:	Bereiche:
BS	20.05.2003	01.01.2006	A, B, D
AG	04.11.2003	01.01.2006	A, D
BE	10.12.2003	01.01.2006	A, B, C, D
UR	16.12.2003	01.01.2006	A, B
GL	14.01.2004	01.01.2006	A, B, D
FR	10.02.2004	01.01.2006	A, B, C, D
BL	23.03.2004	01.01.2006	A, B, D
SO	24.08.2004	01.01.2006	A, B, C, D
LU	07.09.2004	01.01.2006	A, B, C, D
OW	19.10.2004	01.01.2006	A, B, D
SZ	07.12.2004	01.01.2006	A, B, D
NE	22.12.2004	01.01.2006	A, B, C, D
VD	19.01.2005	01.01.2006	A, B, C, D
TI	05.04.2005	01.01.2006	A, B, C, D
UR	31.05.2005	01.01.2006	D
VS	22.06.2005	01.01.2006	A, B, C, D
SG	16.08.2005	01.01.2006	A, B
NW	18.10.2005	01.01.2006	A, B, D
JU	26.10.2005	01.01.2006	A, B, C, D
FL	02.12.2005	01.01.2006	B
SZ	20.09.2006	01.01.2007	C
AI	26.09.2006	01.01.2007	A, B
ZG	24.10.2006	01.01.2007	A, B, C, D

Kanton:	Beschluss vom:	Beitritt per:	Bereiche:
AG	08.11.2006	01.01.2007	B
SG	13.02.2007	01.01.2008	D
TG	20.08.2007	01.01.2008	A, B, D
SH	17.09.2007	01.01.2008	B, C
AR	29.10.2007	01.01.2008	A, B, C, D
ZH	14.11.2007	01.01.2008	A, B, C, D
GE	20.11.2007	01.01.2008	A, B, C, D

Beiträge an Sanierungen von Bushaltestellen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz

Chur, den 20. August 2019

Sehr geehrte Frau Standespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Antrag betreffend Beiträge an Sanierungen von Bushaltestellen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz.

I. Ausgangslage

Das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG; SR 151.3) ist seit dem 1. Januar 2004 in Kraft. Sein Zweck ist es, den Auftrag von Art. 8 Abs. 4 der Bundesverfassung (BV; SR 101) zu konkretisieren und Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen oder zu verringern. Gemäss BehiG sind unter anderem Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs auf Schiene und Strasse (Bauten, Anlagen, Kommunikationssysteme, Billettbezug) sowie Fahrzeuge auf Schiene und Strasse so anzupassen oder einzurichten, dass diese behindertengerecht bzw. hindernisfrei sind. Die Anpassungsfrist für bestehende Bauten und Anlagen ist auf 20 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes festgelegt. Sie läuft folglich am 31. Dezember 2023 ab (vgl. Art. 22 Abs. 1 BehiG).

Mit der Sanierung von bestehenden Bauten und Anlagen kann zudem eine wichtige Forderung der UN Behindertenrechtskonvention (Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2006, in Kraft für die Schweiz seit 15. Mai 2014, SR 0.109; UN BRK) erfüllt werden. Gemäss dieser Konvention ist Menschen mit einer Behinderung der gleichberechtigte Zugang zu Transportmitteln zu gewährleisten (Art. 9 Abs. 1 UN BRK).

Eine hindernisfreie Ausgestaltung von Bauten oder Anlagen und Fahrzeugen im Bereich des öffentlichen Verkehrs gewährleistet aber letztlich

allen Bevölkerungsgruppen einen möglichst barrierefreien Zugang zu öffentlichen Transportmitteln: Den Menschen mit einer Behinderung ebenso wie beispielsweise betagten Menschen, Familien mit Kinderwagen oder Touristen mit Gepäck. Es wird damit ein Postulat der Gleichbehandlung und des gegenseitigen gesellschaftlichen Respekts erfüllt, was gerade auch einem vom Tourismus und seiner Gastfreundschaft geprägten Kanton wie Graubünden gut ansteht.

Die Bahnunternehmen, welche in Graubünden verkehren, wie die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB), Thurbo, die Rhätische Bahn (RhB) und die Matterhorn Gotthard Bahn (MGB), werden bis Ende 2023 die BehiG-Vorgaben infrastruktur- und fahrzeugseitig im Wesentlichen erfüllen können bzw. bei fehlender Verhältnismässigkeit Ersatzmassnahmen treffen. Mit den 36 bestellten Retic 30-Triebzügen (RTZ) wird bei der RhB ab 2020 eine grosse Verbesserung erreicht werden können. Bis Ende 2023 werden bei der RhB zudem voraussichtlich 63 von 104 Haltepunkten umgebaut und bei 30 Ersatzlösungen getätigt, so dass letztlich 94 Prozent der Frequenzen abgedeckt sind. Bei Fahrzeug-Neuanschaffungen der Busbetriebe, wie Post-Auto (PAG), Stadtbus Chur (SBC), Engadin Bus (EB) oder der Verkehrsbetrieb der Landschaft Davos (VBD), werden schon seit Jahren die BehiG-Vorgaben berücksichtigt (bspw. Niederflureinstieg oder Fahrzeug-Lift).

Für den behindertengerechten Ausbau der Bushaltestellen sind im Kanton Graubünden die Gemeinden zuständig. Aufgrund der grossen Bedeutung des Anliegens der Barrierefreiheit des öffentlichen Verkehrs und der damit verbundenen grossen Herausforderungen und Kosten entschieden die zuständigen kantonalen Stellen, den Gemeinden eine Unterstützung anzubieten. Am 14. September 2017 erteilte das Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement (BVFD) einer Kerngruppe – bestehend aus Vertretern des Amts für Energie und Verkehr (AEV), des Tiefbauamts (TBA) und der Kantonspolizei (KAPO) – den Auftrag, ein Konzept «Umsetzung BehiG» sowie eine Arbeits- und Berechnungshilfe zu erstellen. Das in der Folge ausgearbeitete Konzept zur Umsetzung des BehiG sieht vor, dass alle Bushaltestellen überprüft werden sollten, ob sie unter Berücksichtigung des Nutzen/Kosten-Verhältnisses behindertengerecht umzubauen bzw. hindernisfrei auszugestalten sind. Ein externes Planungsbüro wurde beauftragt, eine Arbeits- und Berechnungshilfe für die Umsetzung des BehiG bei Bushaltestellen¹ zu erarbeiten. Die Regierung hat mit Beschluss vom 26. März 2019 (Prot. Nr. 203) die Arbeitshilfe für die Gemeinden zur Anpassung der Bushaltestellen gemäss Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (nachfolgend Arbeitshilfe) sowie die Berechnungshilfe

¹ Sowohl die Arbeits- als auch die Berechnungshilfe sind unter www.aev.gr.ch/bushaltestellen verfügbar.

zur Kenntnis genommen. Diese Arbeitshilfe soll die Gemeinden in ihrer Vorgehensweise zur barrierefreien Ausgestaltung der Bushaltestellen unterstützen. Der Arbeitshilfe kommt lediglich der Charakter einer Empfehlung zu. Die Verantwortung verbleibt bei den Gemeinden.

Die vorliegende Botschaft und der Antrag betreffen einzig die erhöhte Mitfinanzierung der BehiG-bedingten Anpassungen von Bushaltestellen² im Kanton Graubünden zugunsten der Gemeinden.

II. Anpassung von Bushaltestellen

Damit der öffentliche Verkehr im Kanton barrierefrei wird, bedarf es unter anderem baulicher Massnahmen an Bushaltestellen. Um allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu öffentlichen Transportmitteln zu gewährleisten, sind grundsätzlich alle neuen und bestehenden Bushaltestellen bzw. Bushaltekantanten hindernisfrei auszuführen. Zu beachten ist dabei in jedem Einzelfall der Grundsatz der Verhältnismässigkeit. Steht der für die Personen mit einer Behinderung zu erwartende Nutzen in einem Missverhältnis zum wirtschaftlichen Aufwand oder zu anderen wichtigen Gründen – wie Verkehrs- und Betriebssicherheit, Interessen des Umwelt-, Natur- oder Heimatschutzes, kann eine Anpassung unterbleiben (Art. 11 und 12 BehiG).

1. Definition hindernisfreie Bushaltestelle

Als Haltestelle wird ein Ort bezeichnet, welcher durch eine Linie des öffentlichen Busverkehrs fahrplanmässig bedient wird. Menschen mit einer Behinderung sollen den öffentlichen Verkehr grundsätzlich autonom und ohne Pflicht zur Voranmeldung benutzen können (Art. 3 der Verordnung über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs [VböV, SR 151.34]). Falls die Autonomie nicht durch technische Massnahmen an der Bushaltestelle und im Bus gewährleistet werden kann, leistet das Personal der Transportunternehmung Hilfestellung wie bspw. mit der fahrzeugeigenen Ausklapprampe (vgl. Art. 3 Abs. 2 VböV). Hindernisfreie Bushaltestellen dienen ausserdem den Menschen mit altersbedingten Einschränkungen und sind auch für Familien mit Kinderwagen und Touristen mit Gepäck vorteilhaft. Hindernisfreie Bushaltestellen verkürzen zudem den Zeitbedarf für das Ein- und Aussteigen erheblich und sind somit im Interesse aller Fahrgäste.

² Gemäss Kapitel II.3 Kategorien 2–4.

2. Zuständigkeit

Im Kanton Graubünden liegt die Zuständigkeit und Verantwortung für die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen bezüglich Bushaltestellen (Strasseninfrastruktur) bei den Gemeinden. Diese Zuteilung gilt unabhängig davon, ob sich die Bushaltestellen an Kantons- oder Gemeindestrassen befinden. Die behindertengerechte Ausstattung von Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs obliegt hingegen den jeweiligen Transportunternehmungen.

3. Arten von Bushaltestellen

Grundsätzlich können vier Kategorien von Bushaltestellen unterschieden werden:

1. Haltebuchten auf und an Kantonsstrassen
2. Haltebuchten auf und an Gemeindestrassen
3. Fahrbahnhoftestellen auf Kantonsstrassen
4. Fahrbahnhoftestellen auf Gemeindestrassen

Diese Unterscheidung ist relevant für die Finanzierung der erforderlichen baulichen Anpassungen (vgl. dazu nachstehend Kapitel III).

4. Verhältnismässigkeitsprüfung

Die Verhältnismässigkeitsprüfung (vgl. Art. 11 und 12 BehiG) durch die Gemeinden soll in Anlehnung an die Verhältnismässigkeitsprüfung, wie sie im Kanton Bern (BE) entwickelt wurde, durchgeführt werden. Mittlerweile wird diese Methode auch in den Kantonen Appenzell Innerrhoden (AI), Appenzell Ausserrhoden (AR), Fribourg (FR), Luzern (LU), Neuenburg (NE), Obwalden (OW), St. Gallen (SG) und Uri (UR) angewendet. Sie ist daher in die Arbeits- und Berechnungshilfe für die Umsetzung des BehiG bei Bushaltestellen eingeflossen. Dieses Vorgehen gewährleistet eine weitgehende Gleichbehandlung bei der Beurteilung der Verhältnismässigkeit in vergleichbaren Kantonen und unter den Gemeinden im Kanton.

Die Durchführung der Verhältnismässigkeitsprüfung kann in Anlehnung an die Arbeits- und Berechnungshilfe in folgenden drei Schritten erfolgen:

In einem *ersten Schritt* gilt es, den Nutzen einer Plausibilitätsprüfung zu unterziehen. Der Nutzen definiert sich durch das «Nachfragepotential», die «Personenfrequenzen», die «Umsteigefunktion der Haltestelle» sowie die «Nähe zu zentralen Einrichtungen» im Bereich der Haltestelle. Liegt der Wert der Vorprüfung unter 19 Punkten und erscheint die Vorprüfung als

plausibel, so liegt grundsätzlich kein unmittelbarer Handlungsbedarf vor. Den Gemeinden wird daher empfohlen, eine vertiefte Prüfung der Verhältnismässigkeit ab mindestens 19 Nutzenpunkten durchzuführen, da sich die Nutzenpunkte bzw. der Nutzen/Kosten-Index (NKI) je nach Kosten eines Umbaus der Haltestelle verändern.

In einem *zweiten Schritt* (sog. *vertiefte Verhältnismässigkeitsprüfung*) sollen die Gemeinden die Kosten für die Anpassung der Bushaltestelle abschätzen (sog. Grobkostenschätzung) und in die Berechnungshilfe einfügen. Bei der Prüfung von Bushaltestellen sind jeweils alle Kanten der Haltestelle zu berücksichtigen.

In einem *dritten Schritt* ist das NKI-Resultat (NKI = Resultat aus Schritt 1 und 2) mit der untenstehenden Tabelle abzugleichen. Es gelten folgende Schwellenwerte des Verhältnismässigkeitsindex:

Verhältnismässigkeitsindex = Nutzen/Kosten-Index (NKI)	Was ist zu tun?
tief: $0 < 40$	Kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Eine erneute Prüfung erfolgt erst im Rahmen des nächsten Ausbau- und Umgestaltungsprojekts des betroffenen Strassenabschnittes. Der NKI wird dann neu nur aufgrund der Zusatzkosten für einen hindernisfreien Ausbau der Haltestelle berechnet.
mittel: $\geq 40 < 70$	Hindernisfreie Anpassung im Rahmen des nächsten Ausbau- und Umgestaltungsprojekts des betroffenen Strassenabschnittes mit Neu- beurteilung aufgrund der Zusatzkosten.
hoch: ≥ 70	Prioritäre Sanierung der Bushaltestelle. Aus- lösung eines separaten Sanierungsprojektes für die hindernisfreie Gestaltung der Bushaltestelle.

III. Kantonsbeiträge

Die Regierung hat mit Beschluss vom 26. März 2019 (Prot. Nr. 203) im Grundsatz festgelegt, dass die Gemeinden für Anpassungen von Bushaltestellen nach BehiG mit erhöhten kantonalen Mitteln unterstützt werden sollen. Die erhöhten Beitragssätze gelten befristet für Projekte, die dem Kanton (AEV oder TBA) bis Ende 2023 eingereicht werden. Das AEV wurde beauftragt, bei den Gemeinden eine Umfrage über ihr Programm für den Umbau der Bushaltestellen auf ihrem Gebiet durchzuführen. Gestützt auf die bis Ende Juni 2019 einverlangten Rückmeldungen hatte das AEV die erforderliche kantonale Beitragssumme zu ermitteln. Festgelegt hat die Regierung zudem, dass ein Rahmenverpflichtungskredit (Rahmen-VK) für die befristet erhöhten Förderbeiträge mit einer separaten Botschaft an den Grossen Rat beantragt werden soll. Mit diesem Vorgehen wird dem BDP-Fraktionsauftrag betreffend VK-Botschaften über 5 bzw. 10 Mio. Franken vom 30. August 2018 Rechnung getragen.

Sowohl gestützt auf das Strassengesetz des Kantons Graubünden (StrG; BR 807.100) als auch gestützt auf das Gesetz über den öffentlichen Verkehr (GöV; BR 872.100) kann der Kanton an die Anpassung von Bushaltestellen finanzielle Beiträge leisten.

1. Strassengesetz

Gemäss Art. 58 Abs. 1 lit. d StrG kann der Kanton Beiträge zwischen 5 und 50 Prozent an die anrechenbaren Kosten für den Bau von **Bushaltebuchten des öffentlichen Verkehrs an Kantonsstrassen** (vgl. vorstehend Kapitel II.3 Kategorie 1) leisten. Konkretisiert wird diese Bestimmung in Art. 33 der Strassenverordnung des Kantons Graubünden (StrV; BR 807.110). Danach kann der Kanton Beiträge von 30 Prozent an die anrechenbaren Projektierungs-, Landerwerbs- und Baukosten von Haltebuchten des öffentlichen Verkehrs, welche die Gemeinden an Kantonsstrassen nach einem vom TBA genehmigten Projekt bauen, leisten. Überwiegt das Interesse des Kantons an der Realisierung einer Anlage, kann die Regierung die Beiträge gemäss Art. 58 Abs. 1 StrG angemessen erhöhen (Art. 58 Abs. 3 StrG).

Um bei den Gemeinden die Ausbauten voranzutreiben, soll bis zum Ende der Sanierungsfrist 2023 ein stärkerer finanzieller Anreiz geschaffen werden. Konkret sollen die Beitragssätze des Kantons an die anrechenbaren Kosten befristet bis zum 31. Dezember 2023 von bisher 30 Prozent auf neu 60 Prozent erhöht werden. Entsprechende Beitragsgesuche für erhöhte Beitragssätze sind bis spätestens Ende 2023 direkt an das TBA zu richten. Die Beitragszusicherung muss vor Baubeginn erfolgen, ansonsten der Anspruch auf einen Beitrag verwirkt.

Bushaldebuchten an Kantonsstrassen (vgl. vorstehend Kapitel II.3 Kategorie 1) bilden nicht Bestandteil dieses Rahmen-VK. Sie werden aus der Spezialfinanzierung Strassen subventioniert.

2. Gesetz über den öffentlichen Verkehr

Handelt es sich um **Bushaldebuchten an Gemeindestrassen** oder um **Fahrbahnhaltestellen an Kantons- oder Gemeindestrassen** (vgl. vorstehend Kapitel II.3 Kategorien 2–4), kann der Kanton nach Art. 19 Abs. 1 lit. f GöV Bauten, Anlagen und Verkehrseinrichtungen für die öffentlichen Strassen-transportdienste unterstützen. Zudem kann der Kanton gemäss Art. 19 Abs. 1 lit. i GöV Massnahmen, welche die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel erleichtern oder das Umsteigen darauf fördern, mit Beiträgen unterstützen. Weder Art. 19 Abs. 1 lit. f noch Art. 19 Abs. 1 lit. i GöV sehen maximale Beitragssätze für die Beitragsbemessung vor. Allerdings verlangt Art. 29 Abs. 1 lit. b GöV eine angemessene Eigenleistung des Beitragsempfängers. Praxisgemäss werden die Beiträge in Abhängigkeit des Kantonsinteresses an einer Massnahme festgelegt. Dieses wird mit einer Skala von 1 bis 4 bewertet (Kantonsinteresse sehr hoch/hoch/mittel/klein).

Um bei den Gemeinden die Ausbauten voranzutreiben, soll in Abweichung von dieser Skala befristet bis zum 31. Dezember 2023 für sämtliche behindertengerechte Sanierungen von Bushaltestellen ein fixer Beitragssatz von 60 Prozent der anrechenbaren Kosten gelten (Bauten und Anlagen, die nicht in einem direktem Zusammenhang mit der barrierefreien Sanierung stehen, können weiterhin mit den üblichen Beitragssätzen gefördert werden). Dieser Einheitssatz rechtfertigt sich insofern, als dass ein geschlossenes Netz mit möglichst hoher Barrierefreiheit nur erreicht werden kann, indem einheitliche Förderbeiträge ausgerichtet werden. Von erhöhten Förderbeiträgen sollen letztlich alle Gemeinden gleichermassen profitieren können.

Ein Beitragsgesuch muss innert der Frist von Ende 2023 beim AEV eingereicht werden, um von den erhöhten Beitragssätzen profitieren zu können. Die Beitragszusicherung muss vor Baubeginn erfolgen, ansonsten der Anspruch auf einen Beitrag verwirkt.

IV. Kostenberechnung und Finanzierung

1. Investitionskosten

Wie bereits ausgeführt, wurden die Gemeinden aufgefordert, das Bauprogramm für die umzubauenden Bushaltestellen (inkl. Grobkostenschätzung) den zuständigen kantonalen Stellen bekannt zu geben. Gestützt auf die eingegangenen Rückmeldungen und die Hochrechnungen mittels Berechnungstool bestehen im Kanton rund 350 Umbauprojekte, die barrierefrei ausgestaltet werden müssen und gesamthaft Investitionskosten von rund 58 Mio. Franken auslösen.

Die Investitionskosten für Haltebuchten an Kantonsstrassen, die aufgrund des StrG mitfinanziert werden, betragen rund 16 Mio. Franken. Die Finanzierung solcher Investitionen erfolgt – wie bereits erwähnt – über die Strassenrechnung und ist nicht Gegenstand des beantragten Rahmen-VK.

Die übrigen Investitionskosten für Fahrbahnhaltestellen an Kantonsstrassen und für Haltebuchten und Fahrbahnhaltestellen auf Gemeindestrassen (vgl. vorstehend Kapitel II.3 Kategorien 2–4) betragen rund 42 Mio. Franken. Ausgehend von dieser Zahl und einem fixen Beitragssatz von 60 Prozent ergibt sich ein mögliches Beitragsvolumen von rund 25 Mio. Franken. Der zeitliche Anfall der Investitionen und der entsprechenden Beitragszahlungen wird sich über das Jahr 2023 hinaus erstrecken, da nicht anzunehmen ist, dass bis zu diesem Zeitpunkt sämtliche Bushaltestellen umgebaut sein werden.

2. Finanzierung

Bisher wurden die gestützt auf das GöV gewährten Beiträge an den Bau von Haltestellen zu Lasten des Kontos Investitionsbeiträge zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (Konto 6100.564011) finanziert. Die dort budgetierten Mittel, deren Höhe in den letzten Jahren zwischen 1,3 und 2,8 Mio. Franken schwankte, waren aber auch für Beiträge an andere Investitionen vorgesehen, so z.B. für Beiträge an den Bau von Anschlussgleisen, Busvorfahrten an Bahnhöfen und Busspuren. Im Finanzplan 2020–2023 waren zu diesem Zweck bisher Beiträge von 2 Mio. Franken jährlich vorgesehen. Der Umfang der eingesetzten Mittel für die Umsetzung von BehiG-Massnahmen an Bushaltestellen hielt sich bisher in einem tieferen Rahmen. Dies ändert sich nun aufgrund des anstehenden grossen Nachholbedarfs in Bezug auf die bis im Jahre 2023 gesetzlich vorzunehmenden Umbauten von Bushaltestellen, verbunden mit dem zusätzlichen Anreiz zu deren Realisierung aufgrund der beabsichtigten Erhöhung der Beitragssätze des Kantons. Für

die Absicherung und Steuerung des Beitragsvolumens von hochgerechnet rund 25 Mio. Franken soll ein Rahmen-VK beschlossen werden. Gestützt auf Art. 15 Abs. 2 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (Finanzhaushaltsgesetz, FHG; BR 710.100) richten sich die jährlichen Leistungen eines VK nach den Einzelkrediten. Es ist entsprechend ein neues separates Konto in der Investitionsrechnung des AEV einzurichten. Die Kosten sind aus den allgemeinen Staatsmitteln zu finanzieren.

Im Budget 2020 und im neuen Finanzplan 2021–2024 sind Förderbeiträge an die Anpassung von Bushaltestellen gemäss BehiG von 23 Mio. Franken berücksichtigt (Konto 6110.562012). Darin sind auch die heute offenen Verpflichtungen für bereits zugesicherte und noch nicht ausbezahlte Beiträge enthalten. Im Finanzplan der Jahre 2021–2024 sind derzeit 21 Mio. Franken vorgesehen. Die restlichen Kosten für das Folgejahr 2025 werden auf 2 Mio. Franken geschätzt. Der im Budget 2020 eingestellte Betrag von 2 Mio. Franken unterliegt dem Sperrvermerk gemäss Art. 19 FHG.

V. Finanzkompetenzen und Kreditbereitstellung

1. Zuständigkeit

Gestützt auf Art. 15 Abs. 1 FHG ist ein Verpflichtungskredit (VK) als Objekt- oder Rahmenkredit zu beschliessen. Mit der vorliegenden Botschaft wird dem Grossen Rat ein Rahmenverpflichtungskredit für Beiträge an die barrierefreie Anpassung von Bushaltestellen gemäss BehiG von 25 Mio. Franken beantragt. Mit dem Rahmen-VK wird beabsichtigt, den Kreditbedarf für die Subventionierung der bis Ende 2023 verpflichteten Umbauten von Bushaltestellen der Gemeinden der Kategorien 2 bis 4 (vgl. vorstehend Kapitel II.3) nach dem BehiG abzusichern.

Die gestützt auf das GöV gewährten Beiträge sind finanzrechtlich im Sinne von Art. 4 Abs. 1 FHG als frei bestimmbare bzw. neue Ausgaben zu qualifizieren. Dabei ist jedes Bauvorhaben für sich als Massnahme bzw. als Projekteinheit zu betrachten. Dies gilt auch für den jeweiligen Kantonsbeitrag. Die betroffenen Gemeinden prüfen die Massnahmen zwar nach den gleichen Kriterien. Die Sanierungen erfolgen jedoch im Einzelfall unabhängig voneinander. Die Kantonsbeiträge an die einzelnen Massnahmen der Gemeinden sind entsprechend je separat als Ausgabeneinheit zu betrachten. Es besteht dafür keine Zusammenrechnungspflicht im Sinne der Einheit der Materie. Diese Betrachtungsweise entspricht der langjährigen Praxis, der Lehre und der Rechtsprechung. Der Rahmen-VK hat darauf keinen Einfluss. Ein Rahmen-VK bringt zwar die kantonale Förderung sämtlicher Umbauprojekte in einen Finanzierungszusammenhang, aber – wie

ausgeführt – bleiben die einzelnen Umbauprojekte der Gemeinden und die jeweiligen Kantonsbeiträge trotz dem Rahmen-VK unabhängig voneinander. Die einzelnen Projektbeiträge liegen deutlich unter der Limite für das fakultative Finanzreferendum von 1 Mio. Franken. Die Bestimmungen über das Finanzreferendum kommen damit nicht zum Tragen. Die erforderlichen Kredite können mit dem ordentlichen Budget vom Grossen Rat abschliessend genehmigt werden. Erst mit der Beitragszusicherung für die einzelnen Bauvorhaben geht der Kanton jeweils eine finanzielle Verpflichtung ein und verpflichtet sich zu einer Ausgabe. Der Rahmen-VK stellt selber weder eine Ausgabe noch die Grundlage für die Ausgaben dar. Er dient ausschliesslich der Kreditsteuerung. Er bedeutet selber weder eine Projektgenehmigung noch einen Ausgabenbeschluss. Der Rahmen-VK setzt – wie erwähnt – einen finanziellen Rahmen für die entsprechenden Budgetkredite, die dem Finanzreferendum nicht unterstellt werden müssen.

Zuständig für die abschliessende Genehmigung des notwendigen VK ist der Grosse Rat. Ihm ist der entsprechende Rahmen-VK für die Ausrichtung von Beiträgen an die barrierefreie Ausgestaltung von Bushaltestellen von 25 Mio. Franken zu unterbreiten. Gestützt auf Art. 15 Abs. 2 FHG steuert der Grosse Rat die jährlichen Investitionsausgaben über das Budget. Der Kostenrahmen von 25 Mio. Franken ist dabei einzuhalten.

2. Berücksichtigung der Teuerung

Gemäss Art. 15 Abs. 4 FHG kann ein VK eine Preisstandklausel enthalten. Gemäss Art. 8 Abs. 1 der Verordnung über den kantonalen Finanzhaushalt (FHV; BR 710.110) erhöht oder vermindert sich ein VK nach Massgabe des dem Kreditbeschluss zugrunde gelegten Preisindex, falls dieser eine Preisstandklausel enthält. Art. 8 Abs. 3 FHV bestimmt ferner, dass bei Verpflichtungskrediten die Teuerungsberechnung für die Zeitspanne zwischen dem Zeitpunkt der Kostenberechnung (Preisbasis des VK) und der Arbeitsvergabe aufgrund des im Beschluss angegebenen Teuerungsindex erfolgt. Die vorliegende Kostenermittlung basiert auf dem Indexstand von 100.6 Punkten am 1. April 2019 des Schweizerischen Baupreisindex (Basis 1. Oktober 2015 = 100 Punkte) ganze Schweiz, Sparte: «Tiefbau».

3. Kreditbereitstellung

Der Rahmen-VK soll bis Ende 2025 befristet werden, da Auszahlungen von Beiträgen über das Jahr 2023 hinaus geleistet werden müssen. Die Investitionsbeiträge für die BehiG-konforme Anpassung von Bushaltestellen von

total 25 Mio. Franken verteilen sich voraussichtlich wie folgt auf die Jahre 2020–2025:

Tabelle 1: Investitionsplan

Investitionsplan (in CHF)						Total
2020	2021	2022	2023	2024	2025	
2 000 000	4 000 000	6 000 000	7 000 000	4 000 000	2 000 000	25 000 000

Der im Budget 2020 eingestellte Betrag von 2 Mio. Franken unterliegt dem Sperrvermerk gemäss Art. 19 FHG, bis der Grosse Rat den Rahmen-VK rechtskräftig genehmigt hat.

VI. Schlussfolgerungen

Um allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu öffentlichen Transportmitteln zu gewährleisten, sind alle neuen und bestehenden Bushaltestellen bzw. Bushaltekanten hindernisfrei auszugestalten. Keine Massnahmen sind zu ergreifen, wenn der für Menschen mit einer Behinderung zu erwartende Nutzen in einem Missverhältnis zum wirtschaftlichen Aufwand oder zu anderen wichtigen Gründen (wie Verkehrs- und Betriebssicherheit, Interessen des Umwelt-, Natur- oder Heimatschutzes) steht (vgl. Art. 11 und 12 BehiG). Im Kanton genügen bis anhin nur wenige Bushaltestellen den Anforderungen des BehiG. Daher sollen die Anpassungen der Bushaltestellen durch die verantwortlichen Gemeinden anhand von befristeten, erhöhten Förderbeiträgen vorangetrieben werden. Ziel der erhöhten Förderung durch den Kanton bildet dabei die fristgerechte Sanierung der Bushaltestellen bis Ende 2023 (vgl. Art. 22 Abs. 1 BehiG).

VII. Anträge

Gestützt auf die vorangehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Für die gestützt auf Artikel 19 Abs. 1 lit. f und i des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (GöV; BR 872.100) vorgesehene Subventionierung von baulichen Anpassungen an Bushaltestellen nach den Vorgaben des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG; SR 151.3) wird ein Rahmenverpflichtungskredit von 25 Mio. Franken (Kostenstand April 2019) genehmigt. Bei einer Änderung des Baukostenindex verändert sich dieser Kreditbetrag entsprechend.
2. Dieser Beschluss untersteht nicht dem Finanzreferendum.
3. Die Regierung vollzieht den Beschluss gemäss Ziffer 1.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Standespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Parolini*
Der Kanzleidirektor: *Spadin*

Teilrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden

Chur, den 20. August 2019

Sehr geehrte Frau Standespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen hiermit die Botschaft und den Entwurf für eine Teilrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden (Gebäudeversicherungsgesetz, GebVG; BR 830.100)

I. Ausgangslage

Die Gebäudeversicherung Graubünden (GVG) hat Schäden, die auf fortgesetztes Einwirken zurückzuführen waren, bisher nicht versichert. Dies weil das Versicherungsrisiko bei derartigen Ereignissen schwer zu kalkulieren war und weil Schäden aus derartigen Ereignissen nicht rückversicherbar waren. Entsprechend ist diese Ausnahme vom Versicherungsschutz in Art. 11 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden (Gebäudeversicherungsgesetz, GebVG; BR 830.100) statuiert. In Art. 2 der Verordnung zum Gesetz über die Gebäudeversicherung (VOzGebVG; BR 830.110) hat die Regierung diese Ausnahmen konkretisiert.

In Art. 2 Abs. 1 lit. a VOzGebVG wird die permanente Rutschung als nicht versicherte Gefahr in der Elementarschadenversicherung aufgeführt. Die permanente Rutschung ist ein Ereignis, das auf permanentes Einwirken zurückzuführen ist und über einen längeren Zeitraum andauert. Der Erdrutsch weist im Grundsatz dieselben Merkmale auf. Auch in diesem Fall führt das Eindringen von heftigen Niederschlägen zwischen vorher gebundenen Erdschichten zu einem Abrutschen des Hanges. Allerdings erfolgt dies beim Erdrutsch mit elementarer Gewalt und in einem Zuge. Versicherungstechnisch spricht man von einem schnellen Schadenprozess. Die permanente Rutschung hingegen ist ein langsamer Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum hinzieht und bei der mit zumutbaren baulichen Massnahmen einen Schaden verhindert werden oder zumindest gemindert werden

kann. Entsprechend hat die schweizerische Versicherungslehre die permanente Rutschung bisher nicht als Elementarerschadenereignis qualifiziert. Das Bundesamt für Umwelt hat im Jahr 2016 die Vollzugshilfe Schutz vor Massenbewegungsgefahren herausgegeben. Diese Vollzugshilfe erlaubt es den Kantonen bei der Erstellung der Gefahrenkarten eine differenziertere Beurteilung und Einteilung von Intensität und Beschleunigung permanenter Rutschungen vorzunehmen. Dabei wird nach geringer Gefährdung (0–2 cm Rutschung pro Jahr), mittlerer Gefährdung (2–10 cm/a), und erheblicher Gefährdung (> 10 cm/a) unterschieden.

Im Kanton Graubünden sind verschiedene Gebiete von permanenten Rutschungen betroffen. So zum Beispiel Gebiete in St. Moritz, im Val Lumnezia, am Heinzenberg, in Araschgen, im Schams, im Schanfigg (Peist, Maladers), im Prättigau (Seewis, Schiers, Küblis) oder in Brienz. Die Gefährdung in diesen Gebieten ist grossmehrheitlich als gering oder mittel einzustufen.

Am 14. März 2019 hat die Kommission für die Koordination von Erstversicherungsfragen (KOVEF) den Praxishinweis Nr. 7, Umgang / Abgrenzung permanenter Rutschungen verabschiedet. Darin werden die permanenten Rutschungen umschrieben beziehungsweise definiert. Ausserdem werden Handlungsempfehlungen bezüglich des Versicherungsgrundsatzes zu Händen der kantonalen Gebäudeversicherungen abgegeben. Zum Schluss stellt die KOVEF fest, dass der im Praxishinweis Nr. 7 enthaltene Vorschlag des versicherungstechnischen Umgangs mit permanenten Rutschungen keine Differenzen zum Referenzprodukt des Interkantonalen Rückversicherungsverbands (IRV) aufweise. Der IRV hat seinerseits am 14. März 2019 den von der KOVEF erstellte Praxishinweis Nr. 7 mit Wirkung ab 1. April 2019 verabschiedet. Dementsprechend sind Totalschäden aufgrund permanenter Rutschungen künftig rückversichert. Allerdings müssen folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein:

- Nachweis einer Änderung der Rutschgeschwindigkeit und die Rutschung muss eine starke Intensität aufweisen.
- Die Nachweise, dass die Geschwindigkeit der Rutschung zugenommen hat und die Intensität eine mittlere Bewegungsrate von mehr als 10 cm pro Jahr aufweist, müssen durch die zuständigen Gefahrenspezialisten erbracht werden.
- Neu beurteilung der Gefährdung / Rote Gefahrenzone
Der Standort des Gebäudes muss durch die zuständigen Gefahrenspezialisten aufgrund der Zunahme der Rutschgeschwindigkeit und der starken Intensität der roten Gefahrenzone in der Gefahrenkarte oder im Gefahrenzonenplan für Gleitprozesse zugeordnet werden beziehungsweise bleiben. Die Aufnahme eines Gebietes in die Gefahrenkarte beziehungsweise in den Gefahrenzonenplan hat eine behördenverbindliche Wirkung zur Folge und ist dementsprechend ausreichend für die Schadens-

anerkennung durch die GVG. Es bedarf dazu nicht der Durchführung des kommunalen Nutzungsplanverfahrens.

- Es handelt sich um einen Totalschaden.
- Es ist von einem Totalschaden auszugehen, wenn mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllt ist:
 - Aufgrund des vorliegenden Schadenbilds ist das Gebäude unbewohnbar bzw. zweckbestimmt nicht mehr nutzbar. Dies muss durch die Experten der Gebäudeversicherung festgestellt werden.
 - Das Gebäude ist infolge der Gefährdung unbewohnbar bzw. unbenutzbar und auf Grund einer öffentlich-rechtlichen Verfügung mit einem dauerhaften und ganzjährigen Benutzungsverbot belegt.
- Gebäudeabbruch
Das Gebäude ist bereits abgebrochen. Das Gebäude darf an der gleichen Stelle auch nicht wiederhergestellt werden. Die Auszahlung der Versicherungsleistungen erfolgt erst nach Abbruch bzw. Rückbau.

Im Kanton Graubünden sind die Gefahrenspezialisten in regionalen Gefahrenkommissionen organisiert (Art. 28. Abs. 3 des kantonalen Waldgesetzes [KWaG; BR 920.100] und Art. 2 der Richtlinien für die Gefahrenzonenplanung [BR 801.500]).

II. Gründe für eine Teilrevision des Gebäudeversicherungsgesetzes

Im alpinen wie auch im voralpinen Raum werden Gleitprozesse (Erdrutsche und permanente Rutschungen) zunehmen. Sie stellen eine Naturgefahr dar, welche Schäden an Gebäuden anrichten kann. Während der Erdrutsch bereits heute eine versicherte Gefahr ist, werden Schäden durch permanente Rutschungen als Elementarschäden explizit von der Versicherungsdeckung ausgeschlossen. Die unterschiedliche Behandlung von Totalschäden aufgrund von Erdrutsch oder von permanenten Rutschungen kann von den von einer permanenten Rutschung betroffenen Gebäudeeigentümern nicht nachvollzogen werden. Angesichts der Tatsache, dass der IRV bereit ist, unter Berücksichtigung bestimmter Voraussetzungen neu auch Schäden aus permanenten Rutschungen rückzuversichern, erscheint es angezeigt, im Gesetz die Voraussetzungen zu schaffen, damit Eigentümer von aufgrund permanenter Rutschungen totalbeschädigten Gebäuden entschädigt werden können. Die Voraussetzungen für die Übernahme des Schadens durch die GVG müssen mit denjenigen des IRV übereinstimmen, damit die Rückversicherung gewährleistet ist. Dazu bedarf es einer Anpassung von Art. 11 des Gebäudeversicherungsgesetzes.

III. Vernehmlassungsverfahren

Vorgehen und Rücklauf

Mit Beschluss vom 4. Juni 2019 (Prot. Nr. 417) nahm die Regierung vom Entwurf des Departementes für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (DJSG) für eine Teilrevision des Gebäudeversicherungsgesetzes Kenntnis und gab ihn für die Vernehmlassung frei. Am 6. Juni 2019 eröffnete das DJSG das Vernehmlassungsverfahren, welches bis zum 15. Juli 2019 dauerte. Insgesamt sind acht Stellungnahmen eingegangen.

Beurteilung der Vorlage

Die Vorlage zur Teilrevision des Gebäudeversicherungsgesetzes fand in der Vernehmlassung innerkantonale sowohl bei fünf Parteien wie auch beim Hauseigentümerverband positive Aufnahme. Die vorgeschlagene Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes wurde einzig vom IRV und vom Schweizerischen Versicherungsverband (SVV) kritisiert.

Die Kritik des IRV entstand infolge eines Missverständnisses, das in der Zwischenzeit anlässlich einer Besprechung bereinigt werden konnte. Den Ausführungen des SVV ist zu entnehmen, dass der Verband die Systematik des Bündner Rechts nicht nachvollziehen kann. Entgegen der Auffassung des SVV ist eine Anpassung des Gesetzes notwendig, soll der vom IRV genehmigte Schadendeckungssachverhalt infolge einer permanenten Rutschung künftig auch im Kanton Graubünden versicherbar sein. Dem Wunsch des SVV, den Versicherern im Gesetz eine Parteistellung einzuräumen, kann nicht entsprochen werden, da dies der Intention und der Systematik des Gebäudeversicherungsgesetzes widersprechen würde.

IV. Erläuterungen zu der Bestimmung

Art. 11 Abs. 3

Mit diesem Absatz soll der Regierung die Ermächtigung erteilt werden, Schäden, die auf fortgesetzte Einwirkungen zurückzuführen sind, als versichert zu bezeichnen. Diese Lösung ermöglicht ein rasches Reagieren auf versicherungstechnische Erkenntnisse, insbesondere der kantonalen Gebäudeversicherungen, die es rechtfertigen allfällige, bisher von der Versicherungsdeckung ausgeschlossene Gefahren möglichst zeitnah der Versicherungsdeckung zu unterstellen. Damit kann ausgeschlossen werden, dass bei jeder Gefahr, die von der GVG neu versichert werden soll, eine Teilrevision des Gebäudeversicherungsgesetzes vorgenommen werden muss. Sofern die Regierung einen entsprechenden Handlungsbedarf erkennt,

wird sie sich beim Erlass der entsprechenden Verordnungsbestimmung auf die allgemein anerkannten Kriterien für die Schadenübernahme abstützen. Es handelt sich dabei primär um versicherungstechnische Kriterien, die in der Regel durch den IRV im Rahmen des Entscheids, ob eine Gefahr rückversicherbar ist, festgelegt werden. Die anerkannten Kriterien können sich auch an Empfehlungen des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) oder einer einschlägigen Fachorganisation (beispielsweise die SIA) orientieren. Die Rückversicherbarkeit ist im Übrigen eine weitere Voraussetzung, die erfüllt sein muss, damit die Regierung eine Gefahr als versicherte Gefahr in der Elementarschadenversicherung bezeichnen kann. Damit wird sichergestellt, dass die Regierung der GVG keine neuen Schadendeckungssachverhalte überbindet, ohne dass das Gros der kantonalen Gebäudeversicherungen beziehungsweise der IRV die betreffenden Schadendeckungssachverhalte ebenfalls anerkennen.

V. Auswirkungen

1. Finanzielle Auswirkungen

Gebäudeeigentümer

Die Gebäudeeigentümer in Gebieten mit permanenter Rutschung, die die Voraussetzungen des IRV erfüllen, werden künftig bei einem Totalschaden ihrer Gebäude entsprechend abgesichert. Die Gemeinschaft der Gebäudeeigentümer wird durch diese neue Regelung finanziell nicht zusätzlich belastet. Aufgrund der Tatsache, dass das Risiko der permanenten Rutschung rückversichert ist und die von der GVG zu tragenden Selbstbehalte durch Rückstellungen und Reserven abgesichert sind, kann im Schadenfall eine Prämienerrhöhung ausgeschlossen werden.

Gebäudeversicherung

Eine potentielle Schadensberechnung ist kaum möglich. Ein Risiko definiert sich als Multiplikation von Eintreffenswahrscheinlichkeit mal potentieller Schadensumme. Während die Gebäudewerte bekannt sind, ist die Eintreffenswahrscheinlichkeit einer für den Eintritt eines Totalschadens massgebenden permanenten Rutschung schwierig abzuschätzen.

Infolge der Rückversicherbarkeit ist das maximale finanzielle Risiko der GVG für alle Elementarschäden bei 66 Mio. Franken. Dies entspricht den kumulierten Selbstbehalten für kleinere und mittlere Schäden. Alle darüber hinaus gehenden Elementarschäden sind rückversichert. Grossschäden sind über die interkantonale Risikogemeinschaft aller 18 kantonalen Gebäudeversicherungen (IRG) bis 1.2 Mia. Franken zu 94.7% abgedeckt. Bei

Grossschäden bis 1.2 Mia. Franken würde der Selbstbehalt der GVG maximal 125 Mio. Franken betragen. Die GVG verfügt derzeit über ein risikotragendes Kapital in der Höhe von 630 Mio. Franken. Diese Reserve wird kaum beansprucht, selbst für den Fall, dass sämtliche Gebäude, die sich in einem Gebiet mit permanenter Rutschung befinden (269 Gebäude mit Total Neuwert von 89 Mio. Franken in der roten Gefahrenzone und 1528 Gebäude mit 1.2 Mia. Franken Neuwert in der blauen Gefahrenzone), zugleich einen Totalschaden erleiden würden. Die zu erwartende Belastung ist somit gut verkraftbar.

2. Personelle Auswirkungen

Es sind keine personellen Auswirkungen mit der vorgesehenen Teilrevision verbunden.

3. Auswirkungen auf die Gemeindeaufgaben

Die Vorlage zeitigt keine Auswirkungen auf die Ausgaben der Gemeinden.

VI. Gute Gesetzgebung

Die Grundsätze der «Guten Gesetzgebung» gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben (vgl. RB vom 16.11.2010, Prot. Nr. 1070) werden mit der Revisionsvorlage beachtet.

VII. Inkrafttreten der Teilrevision

Es ist vorgesehen, die Teilrevision rückwirkend auf den 1. April 2019 in Kraft zu setzen.

VIII. Anträge

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Standespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *Parolini*

Der Kanzleidirektor: *Spadin*

Gesetz über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden (Gebäudeversicherungsgesetz, GebVG)

Änderung vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu: –
Geändert: **830.100**
Aufgehoben: –

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 und Art. 85 Abs. 4 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Der Erlass "Gesetz über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden (Gebäudeversicherungsgesetz, GebVG)" BR [830.100](#) (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

Art. 11 Abs. 3 (neu)

³ Die Regierung wird ermächtigt, Schäden, die auf ein fortgesetztes Einwirken gemäss Absatz 2 Litera a zurückzuführen sind, als versichert zu bezeichnen, wenn die allgemein anerkannten Kriterien für die Schadenübernahme erfüllt sind und der Schadenfall rückversichert ist.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

**Lescha davart l'assicuranza d'edifizis dal chantun
Grischun (lescha davart l'assicuranza d'edifizis, LAE)**

Midada dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	–
Midà:	830.100
Aboli:	–

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 al. 1 e l'art. 85 al. 4 da la constituziun chantunala,
suenter avoir gi invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I.

Il relasch "Lescha davart l'assicuranza d'edifizis dal chantun Grischun (lescha davart l'assicuranza d'edifizis, LAE)" DG [830.100](#) (versiun dals 01-01-2018) vegn midà sco suonda:

Art. 11 al. 3 (nov)

³ La regenza vegn autorisada da designar donns, che resultan d'ina influenza cuntinuanta tenor l'alineia 2 litera a, sco assicurads, sch'ils criteris renconuschids en general per surpigliar il donn en ademplids e sch'il cas da donn è reassicurà.

II.

Naginas midadas en auters relaschs.

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum facultativ.

La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.

Legge concernente l'Assicurazione fabbricati nel Cantone dei Grigioni (Legge sull'Assicurazione fabbricati, LAFab)

Modifica del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo:	—
Modificato:	830.100
Abrogato:	—

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti gli art. 31 cpv. 1 e 85 cpv. 4 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

L'atto normativo "Legge concernente l'Assicurazione fabbricati nel Cantone dei Grigioni (Legge sull'Assicurazione fabbricati, LAFab)" CSC [830.100](#) (stato 1 gennaio 2018) è modificato come segue:

Art. 11 cpv. 3 (nuovo)

³ Il Governo viene autorizzato a definire come assicurati danni riconducibili ad azioni ripetute conformemente al capoverso 2 lettera a, se i criteri generalmente riconosciuti per l'assunzione del danno sono soddisfatti e il sinistro è riassicurato.

II.

Nessuna modifica in altri atti normativi.

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente revisione parziale è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

Auszug Geltendes Recht

Gesetz über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden (Gebäudeversicherungsgesetz, GebVG)

Vom 15. Juni 2010 (Stand 1. Januar 2018)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden¹⁾,

gestützt auf Art. 31 und 85 Abs. 4 der Kantonsverfassung²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 2. März 2010³⁾,

beschliesst:

3. Versicherte Gefahren

Art. 11 2. Elementarschadenversicherung

¹ Die Gebäude sind gegen Schäden versichert, die entstehen durch:

- a) Sturmwind;
- b) Hagel;
- c) Hochwasser und Überschwemmung;
- d) Lawinen;
- e) Schneedruck;
- f) * Steinschlag, Erdbeben, Erdfall und Rufen.

² Nicht versichert sind Schäden,

- a) die nicht auf eine Einwirkung von aussergewöhnlicher Heftigkeit oder die auf fortgesetztes Einwirken zurückzuführen sind;
- b) die voraussehbar waren und deren Entstehung durch rechtzeitige, zumutbare Massnahmen hätten verhindert werden können.

¹⁾ GRP 2009/2010, 834

²⁾ BR [110.100](#)

³⁾ Seite 471

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

